

ÖKOSTEUERNEWS 9 – MAI 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	5
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	12
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	17
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	20
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	22
7.	KURZMELDUNGEN.....	23
8.	SERVICE: JOBS	24
9.	SERVICE: LINKS	26
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN	26
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE.....	28

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS! (AK)

Urlaubsbedingt erreicht Sie diese Mai-Ausgabe etwas später als gewohnt.

Wir berichten in den ÖSN 9 unter anderem über eine Veranstaltung des FÖS gemeinsam mit dem Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz in Hamburg und stellen eine Untersuchung des Wuppertal Institutes zur Meinung der deutschen Industrie zum Emissionshandel vor. Andere Themen sind ein Interview mit Reinhard Loske, die LKW-Maut, die Klimainitiative der USA u.v.m. – lesen Sie selbst!

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

Produkt stark, Marketing schwach: die Ökosteuer muss besser verkauft werden

Die Entscheidung Stoibers, statt völliger Abschaffung der Ökosteuer lediglich deren Einfrieren – vielleicht mit Verzicht auf die fünfte und letzte Stufe – zu fordern, ist zunächst eine finanzpolitische Verbeugung vor der normativen Kraft des Faktischen. *Welcome in reality, dear Edmund!* Auch FDP und Union müssen anerkennen, dass ein jährlicher Fiskalbeitrag von rund 13 Milliarden Euro¹, mit dem die sozialliberale Koalition unter anderem den Rentenbeitrag von 20,3 auf 19,1 Prozent absenken konnte, zumindest kurzfristig alternativlos ist.

Für die Ökosteuer bedeutet dies im Wahlkampf immerhin eine Atempause. Wer sich pragmatisch mit den ersten vier Stufen arrangiert, kann keine gleichzeitige Volloffensive gegen die Ökosteuer fahren. Das schützt die erst 1999 begonnene Reform immerhin davor, ins Zentrum der Auseinandersetzungen zu geraten. Für die Ökosteuerbefürworter ergibt sich daraus die Chance, neue und bessere Argumente nachzulegen, und geduldig und beharrlich Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Insbesondere gilt es, die folgenden Botschaften zu vermitteln:

- Ökosteuern zielen auf behutsame Energieverteuerung – jedoch nicht ohne Ende, sondern nur bis zu dem Punkt, wo umweltschonende Energien wettbewerbsfähig werden.
- Klima hin, Klima her – noch fehlt die letzte Gewissheit seiner Bedrohung. Doch die Endlichkeit fossiler Energien kann niemand bestreiten.
- Neue Steuern müssen nicht höhere Steuerquoten bedeuten, im Gegenteil: Intelligenterer Steuern ersparen auf Dauer Staatsausgaben und entlasten die fiskalischen Budgets auf beiden Seiten.
- So schmerzhaft die Ökosteuer einzelne treffen mag – die Volkswirtschaft als ganz bleibt unterm Strich unbelastet, kann sogar entlastet werden.
- Einen Teil der Ökosteuerlast können wir auf die OPEC verlagern, und verringern zudem unsere Abhängigkeit von Energieexporten.
- Und last not least: Die Ökosteuer funktioniert, der Energieverbrauch geht zurück!

Keine immerwährende Dauerschraube

Der Magdeburger 5-Mark-Beschluss der Grünen war nicht nur ein politischer Fehler, teuer bezahlt und vielfach bereut. Viel schlimmer war das ökologisch und wirtschaftlich falsche Signal, nämlich das einer ewig weiter zu drehenden Steuerschraube. Was die Grünen in Magdeburg vergessen hatten, war der Schwellenpreiseffekt der Ökosteuer. Früher oder später hat die Ökosteuer ihr Ziel erreicht, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit ökologisch tragfähiger Alternativen. Ab einem bestimmten – heute nicht konkret zu benennenden – Niveau werden Alternativenergien wirtschaftlich konkurrenzfähig. Dabei darf man sich unter dem Schwellenpreis keinen festen Punkt vorstellen, sondern den Beginn eines Umsteigeprozesses. Nehmen wir das Beispiel Benzin: Bereits bei einem Treibstoffpreis von 1,50 Euro könnten alternative Antriebsenergien in vielen Bereichen preisgünstiger sein, jedoch erst punktuell praktikabel. Bei einem Preis von 2 Euro könnten Biotreibstoffe oder Brennzellen schon die Oberhand gewinnen. Wann der jeweilige *Switching Price* erreicht wird, unterscheidet sich nicht nur für jede der Ökosteuer unterliegende Energie anders, sondern auch für unterschiedliche Nutzer und unterschiedliche Energieanwendungen. Bei Strom etwa dürften die Schwellenpreise, bei denen nicht-fossile Energiequellen wie Wind oder Solarstrom wettbewerbsfähig werden, rascher erreicht werden als im Flugverkehr, wo die hohe Energiedichte des Kerosins auf absehbare Zeit wenig Raum für alternative, nicht-fossile Energiequellen lassen dürfte.

Doch nicht nur die Grünen, sondern *alle* Ökosteuerbefürworter haben es bisher versäumt, diese gute Botschaft unters Volk zu bringen. Für den Normalverbraucher entsteht so der Eindruck ein überaus düsteren Zukunft, in der kein Ende der Energiepreisverteuerungen in Sicht ist. Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass am Ende des Tunnels das Licht des Solarzeitalters auf sie wartet.

1

Erwartetes Aufkommen nach der vierten Ökosteuer-Stufe. Mit der fünften Stufe ergäbe sich ein Steuerertrag von rund 16 Mrd. Euro.

Ende der Fossilzeit auch ohne Treibhauseffekt!

Die Debatte um Klimakatastrophe und Kioto hat gewiss das Umweltthema auf den ganzen Planeten erweitert. Doch zugleich hat sie die Diskussion bedauerlicher verengt, nämlich auf die Frage nach der Unausweichlichkeit der Erderwärmung. Die Mehrheit der seriösen Klimaforscher bejaht sie, eine Minderheit bestreitet sie². Doch dem mitteleuropäischen Normalverbraucher erscheint ein wärmeres Klima – trotz der für Skifahrer bedauerlichen Erhöhung der Schneefallgrenzen – zunächst einmal wenig bedrohlich. Wer hat schon was gegen wärmere und längere Sommerperioden und mildere Winter? Unbestreitbar, und auch für den kleinen Mann nachvollziehbar, ist dagegen die absehbare Erschöpfung der fossilen Energiequellen. Langfristig stabile Energiequelle ist die Sonne, nicht die in der Erdkruste gelagerten fossilen Energiebestände. Wir müssen also lernen, Energie aus der noch viele Milliarden Jahre strömenden Sonnenwärme zu zapfen, nicht aus den zu Öl oder Erdgas verbackenen unterirdischen fossilen Urwäldern. Fossilenergie ist Vergangenheit, Sonnenenergie ist Zukunft.

Diese schlichte und eingängige Überlegung gibt denjenigen Staaten überlegene Zukunftschancen, die es rechtzeitig schaffen, ihren Energiebedarf aus der Sonne zu decken. Ökosteuerbedingte Preissteigerungen fossiler Energieträger sind nichts anderes, als ein bewusstes Vorziehen ohnehin unvermeidlicher Verteuerungen der fossilen Ressourcen. Wer sich schneller als andere auf künftige Rahmenbedingungen umstellt, hat Wettbewerbsvorteile. Müsste man das nicht auch den beiden Kanzlerkandidaten vermitteln können?

So hilfreich die Klimabedrohung dabei war, erstmalig einen weltweiten Konferenz- und Vereinbarungsprozess in Gang zu setzen, mit greifbaren und verpflichtenden Abkommen als Ergebnis, so sehr muss die Umweltbewegung darauf achten, die Energiediskussion nicht auf das Thema Treibhauseffekt zu verengen.

Aufkommensneutralität versus Staatsquotenreduktion

Als die Debatte um die Ökosteuer begann, sahen sich ihre Befürworter dem ständigen Vorwurf ausgesetzt, Ökosteuern dienen nur als Vorwand für neue Steuereinnahmen und weitere Erhöhungen der Staatsquote. Ihre Antwort war allzu verständlich, aber dennoch zu defensiv. Aufkommensneutralität wurde zum heiligen Schwur: Jeder Pfennig Ökosteuererträge sei Bürgern und Wirtschaft über Senkung anderer Abgaben zurückzuerstatten. So weit, so gut: aber über dieser ehrenwerten Defensivreaktion übersahen die Freunde ökologischer Lenkungsabgaben das Offensichtliche, den viel größeren Charme von Lenkungsabgaben. Vernünftige Lenkungsabgaben können helfen, *beide Seiten* der staatlichen Budgets zu reduzieren!

Steuererhöhungen vermindern die Staatsquote, wie kann das sein? Die Antwort ist einfach, sie ergibt sich aus der Kritik konventioneller Steuern. Konventionelle Steuern dienen zur Finanzierung von Staatsaufgaben, aber durch ihre schädlichen Wirkungen erhöhen sie auch den Bedarf an staatlichen Korrekturen, sind also Teil des Problems. Eine zentrale Staatsaufgabe ist die Sicherung der Vollbeschäftigung. Doch wenn ein Staat, wie etwa Deutschland, mit zwei Drittel seiner Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben den Faktor Arbeit belastet, sollte niemand sich darüber wundern, dass die resultierende Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen zu Beschäftigungseinbußen führt. Die Lösung wird zum Problem: Was der Staat mit den Händen, etwa einer aktiven Beschäftigungspolitik, aufzubauen sucht, das hat er vorher schon er mit dem Hintern, einer exzessiven Besteuerung des Faktors Arbeit, schon eingerissen!

Wenn dagegen schon die Erhebung der Steuern mit positiven Lenkungseffekten einher geht, sind auf der Ausgabenseite des Fiskus unter dem Strich weniger Mittel erforderlich. Dies Gedanke zeigt ein gewaltiges Zukunftspotenzial auf – verstehen kann man ihn aber nur, wenn man Lenkungssteuern nicht nur als mikroökonomische Marginalie, sondern als makroökonomische Megainnovation begreift.

Ökosteuerschmerzen sind nur Phantomschmerzen!

Von Amputationen weiß man: Im amputierten Glied empfindet der Amputierte immer noch Schmerzen.

2

Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang: Die Selbstauflösung der *Global Climate Coalition*, die in Wahrheit eine *Global Anticlimatic Mafia* war, ein konspirativer Zusammenschluss von Klimabedrohungsleugnern. Der Rückzug der großen Ölkonzerne entzog dieser Lobby die Existenzgrundlage (www.radio4all.org/anarchy/fake24.html).

Ähnlich ist es mit der Ökosteuer: Weil die Ökosteuererträge nicht im Haushalt versanden, sondern recycelt werden, ist die Nettobelastung der Volkswirtschaft gleich null. Bei uns erfolgt das *Recycling der Ökosteuer* überwiegend durch abgesenkte Rentenbeiträge, zum Teil auch über Fördermaßnahmen für Alternativenergien.

Aber zu lange galt für die Umweltpolitik, was nur für ihre konventionellen Instrumente zutrifft. Wer mehr Umweltschutz will, muss die der Volkswirtschaft weh tun. Selbst das kann unterm Strich sinnvoll sein. Für die moderne Umweltpolitik stimmt diese Gleichung aber nicht mehr. Intelligente Umweltpolitik mit Ökosteuern arbeitet nicht mit Lasterhöhung, sondern bloß Lastverlagerung im Steuerrecht. *Tax bads not goods*, sagen die amerikanischen Ökologen dazu. Statt die Lenkungs-kraft des Steuersystems mit schädlichen, konventionellen Steuern zu vergeuden, sorgen intelligente Lenkungssteuern für *kostenlose Wohlfahrtsverbesserungen*. Jeder Bildzeitungsleser kann verstehen, dass pfiffige Ingenieure den Wirkungsgrad von Motoren verbessern können, so dass mit gleichem oder niedrigerem Energieeinsatz höhere Leistung erzielbar wird. Warum können Politiker nicht verstehen, dass pfiffige Steuerpolitik den gesamtökonomischen und -ökologischen Wirkungsgrad des Steuersystems so erhöhen kann, dass mit gleichem oder niedrigerem Steuereinsatz bessere Lenkleistungen erzielbar werden?

Wenn das erst einmal die Bildzeitungsredakteure verstehen, könnten sie es sogar den Bildzeitungslesern vermitteln.

Ökosteuern: kein Notopfer Berlin!

Als während der Berlinkrise neben jede Briefmarke zwangsweise ein Notgroschen für das darbende Berlin geklebt werden musste, war der Zusammenhang klar: Es ging nicht darum, das Briefschreiben zu verteuern, sondern um die Erhebung von Mitteln für die belagerte Staat. Leider haben viele nicht verstanden, dass es bei der Ökosteuer genau umgekehrt ist. Ihr eigentlicher Zweck liegt nicht in der Erhebung von Staatseinnahmen, sondern in der Verteuerung umweltbelastender Aktivitäten. Die Staatseinnahmen sind ein fiskalisch erfreulicher Nebeneffekt, der durch die Senkung anderer, zum Beispiel beschäftigungsfeindlicher Abgaben eine doppelte Dividende ermöglicht.

Aber für viele Bürger wird eine Ökosteuer erst dann zur *richtigen Ökosteuer*, wenn sie zweckbestimmt für gute ökologische Zwecke verwendet würde. Doch niemand käme auf die Idee, Vermögensteuererträge nur für Vermögensbesitzer zu verwenden, oder Biersteuereinnahmen nur für Trinkerheilstätten. Unsere Aufgabe daher: Den Bürgern klarzumachen, dass Lenkungssteuern primär zum Lenken da sind, erst sekundär zum Schenken. Wenn dann die eine oder andere Schenkung in Richtung ökologisch wertvoller Subventionen fließt, ist das auch nicht von übel.

Die Scheichs zahlen mit, und wir sind unabhängiger von ihnen

Es gibt Entwicklungspolitiker, die eine ganz ausgefallene Kritik an der Ökosteuer vorbringen. Weil Ökosteuer die Nachfrage auf den Weltenergiemärkten dämpfen, und damit letztlich die Einnahmen der Dritten Welt aus Energielieferungen an die Erste Welt reduzieren, sind sie entwicklungspolitisch abzulehnen. Aber gehört Saudi-Arabien wirklich zur Dritten Welt?

Befürworter der Ökosteuer teilen die Einschätzung der Fakten, nicht aber deren Bewertung. In der Tat sind Ökosteuern für die Öl exportierenden Ländern nachteilig. Aber wir sehen hierin sogar einen doppelten Vorteil. Zum einen bedeuten verringerte Weltenergiepreise, dass ein Teil der Ökosteuerbelastung nicht von der heimischen Volkswirtschaft getragen wird, sondern von der OPEC. Zum anderen verringert sich mit den Ölimporten auch unsere Abhängigkeit von einem Teil der Welt, der im Brennpunkt internationaler Konflikte steht. Was soll daran schlecht sein, wenn wir mit Ökosteuern unsere Abhängigkeit von Ölimporten reduzieren können? Wenn es doch nur gelänge, auch diese einfachen Zusammenhänge auch der Chefredaktion der ADAC-Motorwelt zu vermitteln!

Und sie funktioniert doch!

Der Benzinpreis steigt, und die Benzinnachfrage geht zurück! Für Marktwirtschaftler eigentlich kaum eine Riesenüberraschung, sollte man meinen! Und doch hieß und heißt es immer wieder, die Ökosteuer sei wirkungslos. Energie würden Bürger und Wirtschaft ohnehin immer sparen, Ökosteuer hin oder her. Dem

einen oder anderen Verbandsvertreter möchte man angesichts solcher Argumentation gern eine Rückkehr zum Grundkurs Volkswirtschaftslehre anraten, *Zur Wirkung von Preisen in der Marktwirtschaft*, besonders für Erstsemester empfohlen...

Natürlich muss man ehrlich bleiben: Die Benzinpreissteigerungen der letzten Jahre waren weit stärker von den Rotterdamer Rohölpreisen getrieben, als von der Ökosteuer. Um so eindrucksvoller fiel die Demonstration aus – der Preismechanismus funktioniert doch. Aber müssen sich Ludwig Erhard und Adam Smith nicht in ihren Gräbern umdrehen, wenn Verbandsvertreter ungestraft behaupten dürfen, Fortschritte in der Energieeffizienz ihrer Verbandsunternehmen erfolgten ganz und gar unabhängig von Preisbewegungen? Wie so oft in der Umweltdiskussion erleben wir völlig verkehrte Fronten. Die Ökosteuerbefürworter berufen sich auf Adam Smith und Grundprinzipien des Marktes, die Gegner argumentieren angesichts der Ökosteuer mit limitationalen Produktionsfunktionen und preisunelastischen Nachfragenkurven³ ...

Fazit: Ökosteuer um vieles besser als ihr Ruf

Zusammengenommen ergeben diese Argumente eine einfache Botschaft. Die Lasten der Ökosteuer werden übertrieben, ihr Nutzen um Größenordnungen unterschätzt. Der Förderverein Ökologische Steuerreform hat nun das Ziel, den Nutzen der Ökologischen Steuerreform besser zu kommunizieren und einer übertriebenen Darstellung ihrer Lasten entgegenzutreten. Ihr Anselm Görres

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Das ungeliebte Kind Ökosteuer

Ende 2003 läuft die Ökosteuer in ihrer bisherigen Form aus. Die geistigen Mütter und Väter der ökologischen Steuerreform machen sich bereits Gedanken um die Zukunft des Problemkinds. Dabei wollen sie grundsätzlich am Konzept der Energiebesteuerung festhalten, doch alles soll einfacher und verständlicher werden. Ob und wie es zu einer Neugestaltung der Ökosteuer kommt, entscheidet sich mit der Bundestagswahl im September.

Zu einer Strategiediskussion über die Zukunft der Ökosteuer hatten der »Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS)« sowie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie am Wochenende nach Berlin eingeladen. Ausgangspunkt der Überlegungen war eine Studie des Wuppertal Instituts über die »Reaktionen gesellschaftlicher Akteure auf die ökologische Steuerreform in Deutschland«.

Ziel der Untersuchung war keine repräsentative Befragung, sondern die Analyse der »Argumentationsstrukturen und Denkweisen der Befragten«. Die Wuppertaler Wissenschaftler stellten bei ihren Gesprächspartnern gespaltene Einstellungen zur Ökosteuer fest. Einerseits wurde die »Mehrheit der Teilnehmer durch eine prinzipiell positive Einstellung gegenüber der Idee der Besteuerung von Umweltverbrauch charakterisiert«, andererseits zeigten sich alle Gruppen »skeptisch gegenüber der konkreten Ausgestaltung« der Ökosteuer.

So wurde vor allem ein starkes Misstrauen bezüglich der Verwendung der Einnahmen aus der Steuer ausgedrückt, befanden die Wissenschaftler. Auch die ökologischen Effekte der Energiebesteuerung sowie die mit der Abgabe beabsichtigten positiven Wirkungen für den Arbeitsmarkt waren den meisten Befragten unklar. Angesichts dieser Ergebnisse wundert es kaum noch, dass die Ökosteuer bei den Deutschen auf so wenig Gegenliebe stößt und dem Gepolter der Oppositionsparteien so viel Beifall zuteil wurde.

Für Anselm Görres, den Vorsitzenden des FÖS, ist die Polemik von CDU, CSU und FDP »nackte Prinzipienlosigkeit und hemmungsloser Opportunismus«, denn die Ökosteuer vertritt seiner Ansicht nach ganz altmodische konservative und liberale Werte. Dazu zählte er Sparsamkeit mit den knappen Ressourcen, die Verbindung von Freiheit und Verantwortung, die Wahrheit und Klarheit marktwirtschaftlicher

3

Limitationale Produktionsfunktion: Das Verhältnis der eingesetzten Faktoren wird nicht von Preisen bestimmt, sondern ist technologisch starr fixiert. Preisunelastische Nachfrage: Unabhängig vom Preis wird die gleiche Menge nachgefragt. Volkswirte wissen, dass beides punktuell existieren kann, doch niemals für eine Volkswirtschaft oder eine Branche als Ganzes.

Preissysteme und vor allem die Einführung des Verursacherprinzips, erläuterte Görres. Wer mit seinem Energieverbrauch Klima und Umwelt schädige, müsse dafür auch einen höheren Preis zahlen und nicht die Folgen seines Handelns auf die Gemeinschaft abwälzen. Deshalb halte er daran fest, Energie müsse sich für alle gleichermaßen behutsam verteuern, etwa 3 bis 5 Prozent jährlich, so der Vorsitzende des FÖS. Das auf diese Weise eingenommene Geld solle den Menschen aber wiedergegeben werden in Form niedriger Lohnsteuern zum Beispiel. Sparen solle belohnt werden. Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer für Bahnfahrkarten sei denkbar und mache ökologisch zusätzlich Sinn, meinte der Ökonom Görres.

Seine Vorstellungen für eine Weiterentwicklung der Ökosteuer stellte auch der umweltpolitische Sprecher der grünen Fraktion im Bundestag, Reinhard Loske, vor. Die Stützung der Rentenversicherung mit den Einnahmen der Ökosteuer habe sich völlig überholt, da die Rentenkassen selbst stark reformbedürftig seien, so Loske. Es sei argumentativ nicht mehr zu vermitteln, wenn die Rentenbeiträge anstiegen, obwohl sie von der Ökosteuer bereits gestützt werden, unterstrich der GrünenPolitiker. Deshalb solle das Geld besser für die Arbeitslosenversicherung, für Steuersenkungen oder einen Ökobonus verwendet werden. Ein Ökobonus, den jeder Bundesbürger jährlich ausgezahlt bekäme, wäre sozialpolitisch die beste Lösung – momentan sehe er dafür aber keine Kultur in Deutschland, betonte der Umweltexperte.

Außerdem, so Loske, müssten unbedingt die Ausnahmen für die Industrie schrittweise abgebaut werden, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Es sei falsch gewesen, für sozial schwächere keine Kompensation vorzusehen, das habe dem Ansehen der Ökosteuer geschadet. Hauptaufgabe bleibe aber die bessere Vermittlung der Ziele der Ökosteuer, um die Akzeptanz zu verbessern. Mit Blick auf den Koalitionspartner SPD meinte Reinhard Loske: »Dort gibt es viele, die die Ökosteuer fortsetzen wollen«, doch habe er den Eindruck, dass ihr Weiterbestehen wesentlich vom Abschneiden der Grünen bei den Bundestagswahlen abhängen werde (Neues Deutschland, 19.03.02, Thomas Großman, <http://www.nd-online.de>).

Emissionshandel und Ökosteuern für effektive Klimapolitik kombinieren!

Klimaschutz braucht sowohl Ökosteuern als auch Emissionshandel. Über fünfzig Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik loteten auf einem vom Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) und Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) gemeinsam veranstalteten Workshop am 19.4.2002 in Hamburg aus, wie die Rollenverteilung für die beiden Instrumente aussehen kann. Vor dem Hintergrund der massiven Lobbytätigkeit einiger deutscher Industrieverbände gegen den Richtlinienentwurf der EU-Kommission zum Emissionshandel betonte Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz und Leiter des Schwerpunkts Internationale Klimapolitik am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), dass sich ein Emissionshandelssystem ohne weiteres mit einer Emissionsteuer verbinden lasse. Dann könne sich ein Unternehmen entscheiden, ob es am Emissionshandel teilnehme oder Steuer zahle.

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, sah große Ähnlichkeiten zwischen der Ökosteuer und einem Versteigerungsmodell für Emissionsrechte. Demgegenüber bedeutete ein „Großvatermodell“ (mit kostenlos vergebenen Rechten der derzeitigen Emittenten) einen Verzicht auf die „Doppelte Dividende“. Der Staat sei dann nicht mehr in der Lage, belastete Branchen oder Konsumenten für zertifikatebedingte Preissteigerungen zu entschädigen. Zur Abdeckung von Regelungslücken der Ökosteuer kämen dennoch auch Emissionsrechte nach dem „Großvatermodell“ in Frage. Bei der Ökologischen Steuerreform sei man in der Konkretisierung und Realisierung wesentlich weiter als beim Emissionshandel; letzterer könne aber auf EU-Ebene im Gegensatz zur Steuer durch Mehrheitsbeschluss durchgesetzt werden.

Tilman Santarius vom Wuppertal-Institut schlug vor, Emissionsrechte kostenlos auszugeben, aber jährlich eine Steuer auf die Emissionsrechte zu erheben. Dr. Roland Geres von Future Camp stellte am Beispiel des Verkehrssektors ein Modell vor, wie ein Emissionsrechtshandel in die gleiche Richtung wie eine Steuer wirken kann, die Instrumente aber jeweils unterschiedliche Zielgruppen haben. Die derzeitige Klimavorsorgevereinbarung mit der deutschen Industrie könne laut Kai Schlegelmilch vom Bundesumweltministerium als Basis für die Zuteilung und teilweise Versteigerung von Emissionsrechten dienen; Ermäßigungen bei der Ökosteuer könnten möglicherweise nur noch gewährt werden, wenn ein Unternehmen beim Emissionshandel teilnehme. Damit würde auch ein Anreiz zur Teilnahme der Industrie

gegeben. Die allgemeine Diskussion konzentrierte sich auf die Durchsetzbarkeit klimapolitischer Instrumente. Es bestand Konsens, dass es keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen Emissionsrechtehandel und Ökologischer Steuerreform geben müsse und mit Hilfe des Emissionsrechtehandels "tote Winkel" der Umweltpolitik geschlossen werden könnten, die in der Vergangenheit entstanden sind (Gemeinsame Presseerklärung FÖS/ Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz).

Die Vorträge der Referenten finden Sie hier:

Dr. Geres: <http://www.foes-ev.de/downloads/0204Geres.ppt>

Dr. Görres: <http://www.foes-ev.de/downloads/0204Goerres.pdf>

Dr. Michaelowa: <http://www.foes-ev.de/downloads/0204Michaelowa.doc> und <http://www.foes-ev.de/downloads/0204Michaelowa.ppt>

Herr Schlegelmilch: <http://www.foes-ev.de/downloads/0204Schlegelmilch.ppt>

Ökosteuer verspricht Zündstoff

Bei den Grünen zeichnete sich ein Streit um die Zukunft der Ökosteuer ab. In seinem Entwurf für ein Bundestagswahlprogramm hatte der Grünen-Vorstand vor dem Wiesbadener Parteitag offen gelassen, ob die schrittweise Erhöhung der Abgabe beibehalten oder ausgesetzt werden soll. Der hessische Grünen-Landesvorsitzende Hubert Kleinert hält das für einen Fehler.

Wer wissen will, ob die Bündnisgrünen die Ökosteuer auch nach der Bundestagswahl jedes Jahr um gut drei Cent pro Liter anheben wollen oder nicht, ist auch nach der Lektüre des Wahlprogramm-Entwurfs nicht schlauer. Dort findet sich nur die Formel, man wolle die Abgabe "zu einer ökologischen Finanzreform weiterentwickeln". In welcher Form, solle beim Bundesparteitag am Wochenende (4./5.5.) bewusst nicht festgelegt werden, sagte Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer. Seine Partei habe gelernt, dass es nicht gut sei, "alle möglichen Details Hü und Hott zu diskutieren".

Bütikofer schloss eine Abkehr von der jährlichen Ökosteuer-Anhebung nicht aus. Denkbar sei auch, die Abgabenhöhe auf dem Anfang 2003 erreichten Stand zu belassen und dafür die Ausnahmeregelungen für Energie schluckende Großbetriebe zu beschneiden.

Kleinert sprach sich dagegen für eine "klare Ansage" zur Ökosteuer aus. Ein Offenhalten dieser Frage lasse sich im Wahlkampf nicht durchhalten und werde zu "Dissonanzen in den eigenen Reihen führen". Umstritten ist bei den Grünen auch, wie die Einnahmen aus der Ökosteuer verwendet werden sollen. Der Vorstand will "jeden eingenommenen Euro" zur Senkung von Lohnnebenkosten einsetzen. Dem Parteitag, der am Wochenende in Wiesbaden das "Vierjahresprogramm 2002 bis 2006" der Bündnisgrünen verabschieden soll, liegen jedoch mehrere Anträge vor, einen Teil des Geldes für ökologische Projekte einzusetzen.

Bütikofer erwartet dennoch "keinen Parteitag der Zerreißproben". Bislang lägen rund 550 Gegenanträge zum Programmentwurf des Vorstands vor. Die meisten beschäftigten sich mit Sozial-, Wirtschafts- und Innenpolitik, und im Unterschied zu früher nur noch ein geringer Teil mit Außenpolitik (Frankfurter Rundschau, Matthias Bartsch, 3.5.2002).

Grüne setzen auf Geschlossenheit

Kein Streit, disziplinierte Abstimmungen, neues Selbstbewusstsein - die Grünen haben auf ihrem Parteitag in Wiesbaden an diesem Wochenende ihr Wahlprogramm verabschiedet. Sie gehen in einer für die Partei völlig unüblichen Geschlossenheit in den Wahlkampf. Selbst ihr Spitzenkandidat Joschka Fischer war von so viel grüner Selbstdisziplin ganz gerührt. "Eine Utopie wurde Wirklichkeit", sagte Fischer am Ende des Parteitags. "Der Staatsmann hat jetzt ein Ende, der Wahlkampf hat begonnen." Auch wenn an der Ökosteuer festgehalten werden soll, so gab es dennoch keine Festlegungen von konkreten Erhöhungsschritten.

Die Grünen präsentieren sich in ihrem Wahlprogramm, das acht Kernforderungen umfasst, als Motor für ökologische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung in Deutschland. Sie grenzen sich damit gegen die "rückwärts gewandte" Union und gegen die "Spaßpartei" FDP ab. "Wir wollen dieses Land nicht den Stoibers und Westerwelles überlassen", sagte Fischer. Die Grünen möchten bei der Bundestagswahl im Herbst mehr als 8 Prozent der Stimmen gewinnen und die Koalition mit der SPD fortsetzen. "Es geht um

eine Richtungsentscheidung in diesem Land", so Fischer. Er forderte die rot-grünen Anhänger auf, angesichts schlechter Umfragewerte ihre Verzögerung zu überwinden.

Die Grünen haben in dem Wahlprogramm die Ökosteuer gegen ihre Kritiker verteidigt. Die Partei will die Abgabe auf Strom und Benzin weiterentwickeln. Sie verzichtete jedoch darauf, konkrete Erhöhungsschritte ab 2004 festzulegen. Das hatte im Vorfeld des Parteitags noch für innerparteilichen Streit gesorgt. Bei der Entscheidung über die weitere Erhöhung sollen jetzt die soziale Verträglichkeit und die Höhe der Energiepreise berücksichtigt werden.

Zur sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung des Landes beschlossen die Grünen den Einstieg in eine soziale Grundsicherung und ein milliardenschweres Programm, mit dem das Leben mit Kindern gefördert werden soll. Die Grundsicherung soll die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenfassen, aber nicht die Arbeitslosen- in die Sozialhilfe umwandeln. Zur Bekämpfung der Armut sei ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig, heißt es im Programm. Mit einer speziellen Kindergrundsicherung soll ausgeschlossen werden, dass Eltern und Alleinerziehende mit geringem Verdienst unter die Armutsgrenze rutschen.

In einer Resolution forderten die Grünen die Bundesregierung auf, sich im Falle einer US-Militärintervention im Irak jeder Unterstützung zu enthalten. Einen Antrag, den Nahostkonflikt mit Wirtschaftssanktionen und einem Militärembargo gegen Israel einzudämmen, lehnte die Partei nach Intervention ihres Außenministers ab (Die Tageszeitung, 6.5.2002, Jens König).

Stoiber will nächste Ökosteuerstufe aussetzen

Bei der Vorstellung des Regierungsprogramms hat Edmund Stoiber klargestellt, dass die für den 1. Januar 2003 bereits beschlossene fünfte Erhöhung der Ökosteuer ausgesetzt werden soll. Außerdem will die Union den Niedriglohnbereich gezielt fördern und einen Einstieg in das Familiengeld verwirklichen. Die Kosten dieser drei Maßnahmen bezifferte Stoiber für 2003 auf rund sieben Milliarden Euro. Die Gelder sollen durch Umschichtungen im Bundeshaushalt aufgebracht werden. Die Gelder sollen durch Umschichtungen im Bundeshaushalt aufgebracht werden (Website der CDU, <http://www.cdu.de>, 08.05.02).

Loske: Es ist besser, jetzt zu handeln, als in der Zukunft die Kosten der Klimakatastrophe zu tragen

Stephan Rotthaus führt ein Interview mit Reinhard Loske, umwelt- und bildungspolitischem Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen, zum Thema Klimaschutz und die Rolle der USA:

Herr Loske, einer Ihrer wichtigsten Tätigkeitsbereiche ist der Klimaschutz. Wie schützen Sie den weltweiten Stand ein?

Dr. Reinhard Loske: *Es geht sehr schleppend voran. Wir haben aber auf den Klimakonferenzen in Bonn und Marakesch letztes Jahr einen Durchbruch erreicht. Wenn das Vertragswerk in den nächsten Wochen und Monaten von 55 Staaten ratifiziert wird, die gleichzeitig für 55% der Emissionen verantwortlich sind, dann wird es in Kraft treten. Dann könnte man zehn Jahre nach Rio sagen: Wir haben etwas Reales. Ein ausbaufähiges Regelwerk, auch wenn es in seinen Zielen schwach ist.*

Klimaschutz ist im Moment keines der Top-Themen. Warum ist Klimaschutz trotzdem von so entscheidender Bedeutung?

Loske: *Ich möchte der Einschätzung widersprechen. Klimaschutz ist international ein zentrales Thema. Noch vor einem Dreivierteljahr hat das Thema zu heftigsten internationalen Verwerfungen geführt, als die Bush Administration das Kyoto-Protokoll für tot erklärte. Da haben sich die Europäer, Japaner und viele Entwicklungsländer mit den Amerikanern angelegt. Das Thema stand ganz oben auf der Agenda der internationalen Politik. Es ist deshalb so wichtig, weil horrenden Kosten auf uns zurollen, wenn wir nichts machen. Wenn wir jetzt nicht in den Klimaschutz investieren, werden die Folgekosten für nachfolgende Generationen erheblich sein.*

Was passiert, wenn wir nichts tun?

Loske: *Es liegen viele gesicherte Prognosen vor, dass die Weltmitteltemperatur um drei Grad Celsius steigen wird, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten. Das hat es in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben und es wird dazu führen, dass sich ganze Klimazonen verschieben. Es wird ein Steigen der Meeresspiegel zur Folge haben, eine Zunahme der Wetterextreme sowie Millionen von Umweltflüchtlingen.*

Der entscheidende Gedanke ist also der: Es ist besser, jetzt zu handeln, als in der Zukunft die Kosten der Klimakatastrophe zu tragen. Die Tatsache, dass wir die externen Kosten für Klima- und Gesundheitsschäden nicht in die Preisbildung einbeziehen und so die fossilen Energieträger relativ billig halten, führt zu einem mangelnden Anreiz, sparsam mit diesen Energieträgern umzugehen.

Wo liegt das Haupthindernis auf internationaler Ebene, schneller voranzukommen?

Loske: In den Vereinigten Staaten. Und auch wenn ich ein Freund der Amerikaner bin, muss man sagen, dass sie hier blockieren. Man muss sich vorstellen, dass ein Amerikaner pro Kopf und Jahr 20 Tonnen CO₂ freisetzt, ein Deutscher weniger als zehn Tonnen, ein Chinese nur zwei Tonnen. Die Amerikaner leben weit über ihre Verhältnisse und weigern sich im Moment, konstruktiv an diesem Problem mitzuwirken. Dahinter haben sich auch andere Industrieländer lange Zeit versteckt. Aber mit dem In-Kraft-Treten des Kyoto-Protokolls ist zumindest klar, dass außer den Amerikanern alle Industriestaaten handeln wollen. Da werden sich die Amerikaner nicht auf Dauer raushalten können.

Was muss passieren, um die Meinung der USA zu ändern?

Loske: Die Vereinigten Staaten sind ein fantastisches Land, was die Klimaforschung betrifft, ein Land mit einer sehr vitalen Zivilgesellschaft und eine Gesellschaft, in der auch Gewinnerindustrien des ökologischen Strukturwandels beheimatet sind. Auf der negativen Seite aber ist die große Abhängigkeit der USA von fossilen Energieträgern. Die Amerikaner hängen am Öl wie der Junkie an der Nadel. Da die jetzige Regierung in hohem Maße mit der Ölindustrie verwoben ist, ist sie nicht gewillt, die Probleme anzugehen. Hinzu kommt, dass in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung der Glaube vorherrscht, ein hoher Energieverbrauch sei ein integraler Bestandteil des american way of life. Deswegen ist es wichtig, dass man diejenigen Kräfte in Amerika stützt, die einen anderen Kurs wollen.

Wenn wir vor die eigene Haustüre schauen, wie sieht es da mit dem Klimaschutz aus?

Loske: Besser, weil es zunehmend Industrien und Dienstleister gibt, die ein Interesse daran haben, dass sich ökologische Technik am Markt durchsetzt. Da gibt es ganz erhebliche wirtschaftliche Chancen. Deutliche Warnsignale zu den Folgen der Klimaveränderungen kommen jetzt auch aus der Versicherungswirtschaft, insbesondere von den Rückversicherungen...

Loske: Tatsächlich gibt es in der Wirtschaft zwei große Gruppen von Verbündeten. Der wichtigste Bündnispartner sind die Technologieunternehmen, die mit ökologischem Strukturwandel ihr Geld verdienen wollen. Die mit grünen Zielen schwarze Zahlen schreiben wollen. Dann aber auch die Versicherungswirtschaft, die uns den Spiegel vorhält: Angesichts extrem ansteigender Schadenskurven sind bestimmte Risiken schon jetzt nicht mehr versicherbar.

(Bankspiegel 1/2002 Heft181, GLS Gemeinschaftsbank eG).

Ökosteuer in ein intelligenteres System überführen

Im Interview mit dem *Hauptstadtbrief* skizziert Wolfgang Schäuble wichtige Grundzüge des Wahlprogramms. Unter anderem äußert er sich auch zur Ökosteuer:

Frage: Unionskandidat Stoiber hat sich ja bereits beim Start mächtig verheddert. So hatte sich kaum jemand den „großen Klaren aus dem Süden“ vorgestellt: Erst wollte er die rot-grüne Ökosteuer abschaffen, später – beim Blick auf die Kasse – nur aussetzen. Warum diese Unsicherheit?

Schäuble: CDU und CSU haben seit Jahren im Bundestag gesagt, sie würden die Ökosteuer nicht ersatzlos abschaffen, wohl aber die nächste Stufe nicht mehr in Kraft setzen. Dann sollte sie in eine vernünftiger Form gebracht werden. Die Mineralölsteuer will niemand abschaffen, problematisch ist allein die Besteuerung des Stroms. Das beste wäre eine gemeinsame europäische Energiebesteuerung.

Frage: Der Ruf nach europäischer Harmonisierung erschallt immer dann, wenn's national stockt.

Schäuble: Nach dem 1. Januar 2003 werden wir jedenfalls den Versuch in Brüssel starten. Wenn's nicht klappt, werden wir die Ökosteuer national in ein intelligenteres System überführen (Hauptstadtbrief April 2002).

NABU fordert klare umweltpolitische Aussagen zum Bundestagswahlkampf

Der Naturschutzbund NABU hat heute seine umweltpolitischen Vorschläge und Forderungen zur

Bundestagswahl in Berlin vorgestellt. "Wer Begriffe wie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit für sich in Anspruch nimmt, der muss sich auch klar zum Schutz und schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen bekennen", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Billen. Schon vor der Wahl im September stünde fest: Die umweltpolitischen Aufgaben, die die nächste Bundesregierung zu lösen habe, würden komplexer und anspruchsvoller. Außerdem sprach sich Billen für die Ökosteuer aus.

Auch in der nächsten Legislaturperiode müsse das nationale Klimaschutzziel mit Nachdruck verfolgt werden. Als Orientierungshilfe für zukunftsweisende Investitionen sei es dringend erforderlich, dass sich die Parteien auf Bundesebene auch zu mittelfristigen Zielen bei der Reduktion klimaschädlicher Gase positionierten. "Eine klimaschonende Energiewende muss in Deutschland mit einem entschlossenen Ausbau der regenerativen Energiegewinnung vorangetrieben werden", so Billen. Die ökologische Steuerreform habe Investitionen zum Energiesparen begünstigt und neue Märkte für effizientere Energie-Technik geöffnet. Dieses Steuerinstrument muss nach Ansicht des NABU in Zukunft konsequent im Sinne einer umfassenden ökologischen Finanzreform weiterentwickelt werden. So sollten die Einnahmen aus der Ökosteuer nach Meinung des NABU direkt zur Senkung von Lohn-, Einkommens- und Unternehmenssteuer eingesetzt werden.

Die von der amtierenden Regierung angestoßene Reform der Agrarpolitik sei ein weiteres zentrales Thema, dem sich die Parteien im anstehenden Wahlkampf stellen müssten. "Der Verlust artenreicher Lebensräume, die gravierende Störung natürlicher Kreisläufe und der Rückgang heimischer Tier- und Pflanzenarten gehen zum großen Teil auf das Konto von übertriebenem Einsatz an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln", betonte Billen. Die Agrarreform und mit ihr die Erzeugung gesunder Lebensmittel und die Verbesserung bei der Haltung von Nutztieren wie Puten und Schweine müsse in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden. Mit Blick auf Großprojekte wie die EU-Osterweiterung müsse sich Deutschland auch nach der Bundestagswahl für zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklungen stark machen, forderte der NABU (Presseerklärung des NABU, 29.04.2002).

Die Lkw-Maut sorgt für bessere Verkehrsinfrastruktur

"Die Lkw-Maut sorgt für mehr Gerechtigkeit und eine bessere Verkehrsinfrastruktur.", so der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Kurt Bodewig. Mit der Lkw-Maut müssen auch die ausländischen Lkw für die Benutzung der Straßen in Deutschland ihren gerechten Anteil zahlen. Bisher zahlten sie allein die zeitabhängige Eurovignette. In Zukunft werden sie wie alle Lkw über 12 Tonnen für die real gefahrenen Kilometer bezahlen. Mit diesem Systemwechsel erhöhe sich der Anteil ausländischer Lkw an den Wegekosten von 10 Prozent auf über 20 Prozent, sagte Bodewig. Nach Schätzungen seines Ministeriums würden ein Viertel aller mautpflichtigen Fahrten von ausländischen Lkw durchgeführt.

Der überwiegende Anteil der Einnahmen aus der Lkw-Maut kommt nach Angabe von Minister Bodewig der Verkehrsinfrastruktur zu Gute. Aus der Einnahme werde u.a. das Anti-Stau-Programm finanziert, das ab 2003 jährlich mit 1,5 Milliarden Mark Stauschwerpunkte auflösen soll.

Im Hinblick auf die Befahrbarkeit der Innenstädte für Paketdienstfahrzeuge hob der Bundesverkehrsminister zwei Problemkreise hervor:

- Zunahme des motorisierten Verkehrs bei gleichbleibender und sogar eingeschränkter Fläche für den motorisierten Verkehr;
- veränderte kommunale Verkehrsplanungsleitbilder, weg von der autogerechten Stadt der 60er Jahre, hin zur verstärkten Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse von Fußgängern und Radfahrern in den Innenstädten.

Daraus könnten sich für Kurier-, Express- und Paket-Dienste sowie für die Post Erschwernisse ergeben. Die Planungshoheit und damit die Entscheidungskompetenz in diesem Bereich liege bei den kommunalen Entscheidungsgremien. Die nur geringen Gestaltungsräume für planerische und bauliche Festlegungen, die das Straßenverkehrsrecht als Ordnungsrecht biete, würden jedoch genutzt. Als ein Beispiel nannte Bodewig das "Bewohnerparkprivileg", bei dem festgelegt werde, dass zur Sicherstellung des Gemeingebrauchs an öffentlichen Straßen nur ein bestimmter Anteil des in einem Gebiet zur Verfügung stehenden Parkraums für Bewohner "reserviert" werden dürfe.

Als gute Möglichkeit für Paketlieferungen, Ballungszentren über Nacht auf der Schiene zu erreichen, nannte Bundesminister Bodewig den Kombinierten Verkehr. So gebe es ein nationales Netz mit qualitativ hochwertigen Ganzzugverbindungen in ganz Deutschland.

"Gerade der Kombinierte Verkehr ermöglicht die politisch gewollte Verkehrsverlagerung von der Straße auf Schiene und Wasserstraße. Daher unterstützt die Bundesregierung diese Verkehrsart ordnungspolitisch und durch Terminalfinanzierung für private Unternehmen. Seit 1998 wurden 37 Projekte mit rund 242,6 Millionen Euro gefördert", sagte Bodewig (Pressemitteilung Verkehrsministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 25. März 2002, Nr.: 83/02).

Biokraftstoffe von der Steuer befreit

Zum Beschluss der Koalitionsfraktionen, Biokraftstoffe generell von der Steuer zu befreien, erklärt die finanzpolitische Sprecherin Christine Scheel: Nach den wichtigen Etappen wie dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz im Stromsektor und den Förderprogrammen im Wärmesektor kommen nun auch im Verkehrsbereich wichtige Schritte für das Solarzeitalter. Die Unterstützung ist breit und reicht von Naturschutzorganisationen über Forschungsabteilungen bis zum Bauernverband.

Die Steuerbefreiung von Biokraftstoffen wird dazu führen, dass

- der Ausstoß von Klimagasen gesenkt wird,
- die Abhängigkeit vom Erdöl als Kraftstoff verringert wird,
- die Landwirte neue Einkommensmöglichkeiten erschließen können und
- der Naturschutz profitiert, indem z.B. die durch Landschaftspflegemaßnahmen anfallende Biomasse einer ökonomischen Verwertung zugeführt werden kann.

Mit dem Beschluss soll die bisherige Steuerbefreiung von Pflanzenölen (z.B. Biodiesel) auf alle biologischen Treibstoffe ausgedehnt werden. Dies betrifft vor allem Biogas sowie synthetisches Benzin und Diesel aus der festen Biomasse (Pressemitteilung NR. 201 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels

In einer Studie des Wuppertal Instituts haben Tilmann Santarius und Hermann E. Ott die „Meinungen in der deutschen Industrie zur Einführung eines Emissionshandels“ dargestellt. Sie hat das Ziel, zum einen einen Überblick über den allgemeinen Informationsstand und die Meinungen von Unternehmen in Deutschland zum Thema Emissionshandel zu geben. Zum anderen bietet sie eine Grundlage, mittels empirischer Daten einige der in der öffentlichen Diskussion genannten Argumente zur Einführung eines Emissionshandelssystems in Bezug auf ihre inhaltliche Stichhaltigkeit und auf ihre Verallgemeinerbarkeit für betroffene Unternehmen zu beurteilen.

Die Studie basiert zu einem Teil auf einer quantitativen Auswertung von Fragebögen, die im letzten Herbst an Unternehmen wesentlicher energieintensiver Sektoren Deutschlands versandt wurden. Die Untersuchung ist nicht repräsentativ für die deutsche Wirtschaft insgesamt, kann aber Aussagen treffen über diejenigen Sektoren, welche besonders von der Einführung eines Emissionshandels betroffen wären. Zum anderen Teil basiert die Studie auf durchgeführten Experteninterviews, welche sechs Unternehmensvertreter sowie Repräsentanten der Bundesregierung und des Bundesverbands der deutschen Industrie umfassen.

Die Studie zeigt vor allem die große Meinungsvielfalt der befragten Unternehmen zum Thema Emissionshandel. Verallgemeinerungen, welche für alle untersuchten Unternehmen zutreffen, sind nur eingeschränkt möglich. Folgende Thesen lassen sich jedoch formulieren:

- Der Wissensstand vieler Unternehmen über das Thema Emissionshandel ist sehr begrenzt, und ein Meinungsbildungsprozess zu diesem Thema hat bei vielen Unternehmen noch nicht stattgefunden.
- Unternehmen zeigen keine klare Präferenz für ein bestimmtes umweltpolitisches Instrument. Auch für die konkrete Ausgestaltung eines Emissionshandelssystems lassen sich keine allgemeinen Präferenzen konstatieren; allerdings drängt sich der Eindruck auf, dass Unternehmen eine verpflichtende Teilnahme an einem Emissionshandel gegenüber einer freiwilligen Teilnahme bevorzugen würden.

- Die Komplexität des Themas und die Diskrepanz der Meinungsverschiedenheiten ist zu groß, als dass einzelne Stellungnahmen einen repräsentativen Anspruch für andere deutsche Unternehmen erheben könnten. Kurze Urteile und Stellungnahmen einzelner Unternehmen oder Unternehmensverbände, seien sie nun positiv oder negativ zum Emissionshandel eingestellt, können nicht die Vielschichtigkeit der Meinungen widerspiegeln.
- Die Mehrzahl der befragten Unternehmen antizipiert einen Emissionshandel entweder als kostenneutral oder als eine potentielle Einnahmenquelle, nicht jedoch als Kostenfaktor. Dies stellt die häufig genannte Aussage in Frage, der Emissionshandel sei für die deutsche Wirtschaft mit der Angst vor Mehrkosten verbunden.

Um die Einführung eines Emissionshandels adäquat vorzubereiten, so lässt sich als Empfehlung aus dieser Studie zuvorderst ableiten, muss die Informationsvermittlung deutlich erhöht werden. Es besteht großer Wissens- und Aufklärungsbedarf, insbesondere seitens mittelständischer und kleinerer Unternehmen. Wie die Untersuchung ferner zeigt, sind Unternehmen nicht ausreichend in die Meinungsbildung ihrer Verbände zum Thema eingebunden. Auch seitens der Bundesregierung erhalten Unternehmen bisher keine ausreichenden Informationen. Eine Intensivierung diesbezüglich mittels unterschiedlichster Informationskanäle erscheint daher unabdingbar, um die deutschen Unternehmen effektiv in ihrer Vorbereitung auf die Einführung eines Emissionshandels zu unterstützen.

Den gesamten Bericht können Sie sich unter der angegebenen Adresse herunterladen.

<http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP122.pdf>

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

Alibiaktion der USA

Nach dem Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll haben die USA nun eine Klimainitiative vorgeschlagen – eine Alibi-Aktion, wie die EU kritisiert.

Neben einem Programm zur Reduktion klassischer Luftschadstoffe (Stickoxide, Schwefeldioxid und Quecksilber) hat Präsident Bush einen „neuen“ Zugang zur Klimapolitik vorgeschlagen: In den nächsten 10 Jahren soll die Treibhausgas-Intensität der amerikanischen Wirtschaft um 18 Prozent sinken. Damit wird jedoch – im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll – ein relatives Ziel und nicht ein absolutes definiert. Ursprünglich hatten die USA ja zugesagt, bis 2012 um sieben Prozent weniger Treibhausgase als 1990 zu emittieren. Das nun verkündete Ziel bedeutet jedoch, dass die Emissionen bezogen auf die Wirtschaftsleistung zurückgehen. Da die Wirtschaftsleistung in dieser Zeit jedoch bedeutend stärker ansteigt, liegen im Jahr 2012 die Emissionen um etwa 35 Prozent über dem Niveau von 1990 – statt um sieben Prozent niedriger. Die EU hat diesen Vorschlag kritisiert und darauf hingewiesen, dass eine Reduktion der Emissionsintensität in den USA – wie in anderen Industriestaaten auch – schon in der Vergangenheit stattgefunden hat und keine zusätzlichen Maßnahmen erfordert (Wirtschaft & Umwelt, 1/2002).

Spediteure aus Frankreich und Holland zahlen weiter keine Mineralölsteuer

So mancher EU-Botschafter dürfte erleichtert aufgeatmet haben. Die Ablehnungsfront gegen die EU-Kommission stand – alle 15 EU-Regierungen zogen an einem Strang. Einstimmig hatten sie im so genannten schriftlichen Verfahren die Mineralölsteuerbefreiung für das Transportgewerbe in Frankreich, Italien und den Niederlanden verlängert. Die EU-Kommission, die sich gegen eine Verlängerung der versteckten Subventionen ausgesprochen hatte, wurde erstmals außerhalb des Agrarbereichs von den Regierungen einstimmig in die Schranken gewiesen. In der düpierten Kommission grübelt man jetzt über gerichtliche Schritte gegen den „Kuhhandel“ unter den Regierungen nach. Denn ein Überstimmen von Kommissionsentscheidungen ist laut EU-Vertrag nur bei „außergewöhnlichen Umständen“ vorgesehen. Eine Entscheidung der Kommissare steht aus (Welt am Sonntag, 04.05.2002).

Lesen Sie weiter unter

<http://www.welt.de/daten/2002/05/04/0504wi330063.htx>

Britische Firmen fordern ein Umdenken bei Umweltsteuern

Der CBI, Großbritanniens wichtigster Unternehmerverband hat die Regierung zu einem Umdenken bei der Umweltbesteuerung aufgefordert. Nach Ansicht des CBI können Umweltsteuern zwar in der Theorie Sinn machen, in der britischen Praxis verfehlen sie aber ihre Ziele.

Lesen Sie mehr (englisch):

British companies call for green tax re-think

Britain's main business association the CBI has called on the government to re-think its approach to environmental taxation on the eve of the latest annual draft budget statement, due on Wednesday.

According to the group, green taxes "can make sense in theory". But it charges the government with poorly designing instruments and failing to address unintended consequences. Overall, it complains that UK business is paying a greater share of all environmental taxation than its competitors in other countries.

Fiscal instruments primarily aimed at environmental protection that have been introduced or raised in recent years include motor vehicle fuel taxation, a tax on waste landfilling and the climate change levy industrial energy tax that started operation on 1 April.

The CBI estimates that green taxes are now costing business UK£14bn (euros 22.6bn) per year, equivalent to one pound in every eight of business taxation. It reckons that too much of the focus of green taxation has been on business, which as seen its contribution to all green taxes rise by 15% over the last five years.

Alleged instances of poor design include the climate change levy and a new tax on virgin aggregates, against which quarrying firms have fought a long campaign (Environment Daily 1196, 15.04.02).

Rückschritt bei der Ökologischen Steuerreform in Großbritannien

Nach Ansicht der NGO Friends of the Earth hat der britische Finanzminister Gordon Brown bezüglich der Ökologischen Steuerreform jede Orientierung verloren. Mehr dazu (englisch):

UK "going backwards" on green tax reform

Britain's 2002-3 budget unveiled last week shows finance minister Gordon Brown has "lost his nerve and sense of direction" on ecological tax reform, NGO Friends of the Earth (FoE) claimed yesterday. In a letter to the Financial Times newspaper, Tim Jenkins of FoE said that a rise in employment taxes had "wiped out in one go all the previous small cuts paid for by the climate change levy, aggregates levy and...landfill tax". Meanwhile, freezing road fuel duty would reduce CO₂ savings by 0.1m tonnes of carbon per year to 2010 (Environment Daily 1202, 23.04.02). See letter:

<http://globalarchive.ft.com/globalarchive/article.html?id=020422000838>

CO₂-Steuer für Dienstwagen in Großbritannien

Seit dem 6. April wird in Großbritannien eine auf den CO₂-Ausstoß bezogene Steuer für geschäftlich genutzte Fahrzeuge erhoben. Mit Hilfe dieser Regelung will Großbritannien seinem Kyoto-Ziel näher kommen. Lesen Sie mehr (englisch):

United Kingdom Taxes Carbon Dioxide Emissions From Company Cars

Effective April 6, British drivers using their cars for work purposes are taxed based on the carbon dioxide emissions the car releases rather than the number of miles driven each year. The new system is meant to help the UK meet its commitments under the Kyoto Protocol to reduce greenhouse gas emissions. With 21 tax brackets for carbon dioxide emissions, a typical car that emits less than 169 grams of carbon dioxide per kilometer would qualify for the lowest rate of 15 percent, while those emitting the greatest amount would be taxed at 35 percent. Diesel-fueled cars are taxed an additional 3 percent. The change in the taxation formula for company cars was included three years ago in British Chancellor of the Exchequer Gordon Brown's finance bill and is estimated to cost about 1 pound a week for a typical company car. (Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, April 4, 2002, p. G-3) (Tax News Update Vol. 22 No. 2, 10.04.02). For more information, see the Society for Motor Manufacturers and Traders website,

<http://www.smmmt.co.uk/index.asp> ; <http://www.hm-treasury.gov.uk> (britisches Finanzministerium)

Italien zur Abschaffung der CO₂-Steuer aufgefordert

Ein Komitee italienischer Parlamentarier empfiehlt die Abschaffung der kontroversen CO₂-Steuer. Die „ineffektive“ Steuer solle vielmehr durch eine sinnvollere Steuerpolitik ersetzt werden. Mehr dazu (englisch):

Italy urged to abolish "ineffective" carbon tax

A committee of Italian MPs has recommended abolition of the country's controversial carbon tax in a review of national energy policy issued last week. The government should replace the "ineffective" measure with an "adequate and rational tax policy", said the chamber of deputies' industry committee.

The ill-fated carbon tax was introduced in 1999 before being swiftly suspended in the interests of battling inflation.

After stating that Italy's "weak" energy sector hinders the country's economic performance, the committee goes on to suggest that market liberalisation should be accelerated, power infrastructure upgraded and transmission networks improved.

Other recommendations include promoting electricity from renewable sources, including waste-to-energy, wind and photovoltaic. Energy supply should be diversified both by looking for new sources of gas and oil imports, and by using "clean" coal as a fuel.

The committee's report is expected to influence government proposals for an overhaul of Italy's energy sector, due this spring (Environment Daily 1204, 25.04.02)..

USA: Immer mehr Strom aus regenerativen Quellen

Chicago und 48 weitere amerikanische Städte unterzeichneten im Juni 2001 einen Vertrag, künftig 10 % - nach fünf Jahren auf 20 % ansteigend – seines Stroms aus regenerativen Quellen zu beziehen. Dies ist nur eines der Beispiele, die Bernie Fischlowitz-Roberts in seinem Artikel nennt, die zeigen, dass immer mehr Strom aus regenerativen Quellen bezogen wird (Bernie Fischlowitz-Roberts, Earth Policy Institute, 02.04.02). Lesen Sie mehr (englisch):

<http://www.earth-policy.org/Updates/Update9.htm>

Kanadische Parlamentarier fordern Initiativen für Erneuerbare Energien

Mitglieder der regierenden Liberalen Partei möchten Premierminister Jean Chretien und Finanzminister Paul Martin für neue Initiativen für Erneuerbare Energien gewinnen. Empfehlungen in ihrem Bericht enthalten unter anderem die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems. Mehr dazu (englisch):

Canadian Lawmakers Push Tax Incentives for Renewables

Twenty-nine members of Canada's governing Liberal Party in the House of Commons and three Liberal senators have formally endorsed a report, Unlimited Potential: Capitalizing on Canada's Untapped Renewable Energy Resources, and are calling for additional incentives for renewable energy development. Lawmakers hope that their endorsement of the report will help convince Prime Minister Jean Chretien and Finance Minister Paul Martin to include new incentives for renewable energy -- including tax measures -- in the next federal budget. The report was released by the Liberal Caucus Working Group on Environmental Technologies in late March. The work of a similar caucus task force group in 1994 led to the creation of the National Biomass Ethanol Program. Specific recommendations in the report include:

- Expansion of the 1.2 cents-per-kilowatt-hour production incentive for wind energy to cover all forms of renewable energy;
- Use of a domestic emissions trading system to better account for the hidden health, environmental, and social costs associated with conventional fossil fuel-based energy production;
- Establishment of a renewable fuels standard requiring that a percentage of fuel sold in Canada be from renewable sources; and
- Elimination of the excise tax on biodiesel.

Bliss Baker, president of the Canadian Renewable Fuels Association, said that the report "is proof once again that meeting Kyoto targets does not have to bankrupt the economy, as some are suggesting."

(Bureau of National Affairs, Daily Tax Report, March 28, 2002, p. G-2) (Tax News Update, Vol. 22 No. 1, 03.04.02).

Amerikanische Forschungsgruppe übt Kritik an der Clear Skies Initiative der Regierung

Nach Meinung der amerikanischen Forschungsgruppe Public Interest Research Group (PIRG) bietet die Clear Skies Initiative der US-Regierung noch immer vielen Kraftwerken die Möglichkeit, ihre Emissionen zu erhöhen. Lesen Sie mehr (englisch):

US PIRG Report Assails Clear Skies Initiative

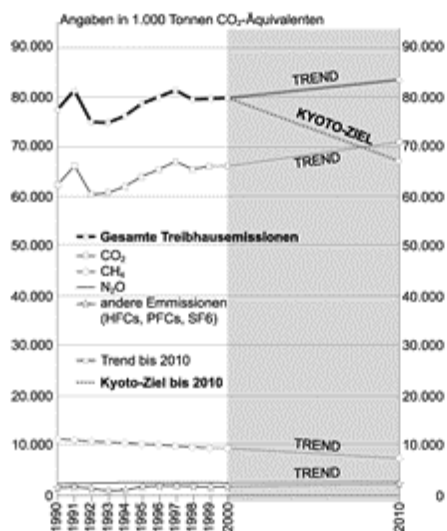
A report released last week by the U.S. Public Interest Research Group (PIRG) finds that carbon dioxide and toxics emissions from the nation's most polluting coal-burning power plants have increased by 8 percent over the last six years. The report criticizes the Bush administration's Clear Skies Initiative, a proposal that would allow power companies to purchase emissions credits for sulfur dioxide and nitrogen oxide emissions, arguing that it would still allow certain plants to increase emissions. Eric Schaeffer, the former U.S. EPA civil enforcement director who resigned in February, agreed with PIRG's assessment, saying, "Continuing to rely on a pollution-trading approach — as the Bush administration wants to do — plays Russian roulette with the health of communities at the wrong end of these schemes." (Greenwire, April 5, 2002) (Tax News Update Vol. 22 No. 2, 10.04.02). To download the report go to

<http://uspirg.org/uspig.asp?id2=6275&id3=USPIRG&>

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Österreich

Die Treibhausgasemissionen scheren sich nicht um die hehre Zielsetzung. Bis zum Jahr 2010 klaffen die Trends und die Ziele um insgesamt fast 16.000 Tonnen CO₂-Äquivalente auseinander. Hauptverursacher sind die fossilen Energieträger. Für die steigenden Emissionen ist vor allem der Verkehr verantwortlich. Klimapolitik ist nur über die Reduktion des CO₂-Ausstoßes zu bewerkstelligen, der 80 Prozent der Emissionen ausmacht (Wirtschaft & Umwelt 1/2002).

Entwicklung und Trends der Treibhausgasemissionen in Österreich



Ökosteuer für Touristen, die eigentlich nur Kurtaxe ist

Touristen auf den spanischen Baleareninseln müssen ab Mittwoch eine Umweltabgabe zahlen. Die in den vergangenen Jahren heftig umstrittene "Ecotasa" (Ökosteuer) wird sich auf durchschnittlich einen Euro pro Urlaubstag belaufen. Kinder unter zehn Jahren sind von der Regelung ausgenommen. Die Behörden auf Mallorca, Menorca, Ibiza und Formentera rechnen mit Einnahmen in Höhe von jährlich rund 30 Millionen Euro, mit denen unter anderem Programme zur Förderung der Landwirtschaft und zur Instandhaltung von Stränden und Kulturgütern finanziert werden sollen.

Die deutschen Reiseveranstalter halten die Abgabe für diskriminierend, da sie ausschließlich von Urlaubern auf der Inselgruppe vor der spanischen Ostküste erhoben wird. Sie wollen Einspruch bei der EU-Kommission in Brüssel einlegen. Jedes Jahr besuchen rund elf Millionen vornehmlich deutsche und englische Touristen die Balearen. Nach Angaben des balearischen Tourismusinstituts (ibatur) erwirtschaften die Inseln rund 84 Prozent ihrer Einnahmen mit dem Tourismus. Ibatour nannte die "Ecotasa" eine "Solidaritätsabgabe" zwischen den 630.000 Einwohnern der Inseln und den Besuchern. Das Geld soll genutzt werden, um etwa Fußgängerzonen zu schaffen, den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern, Wander- und Radwege oder Grünanlagen anzulegen oder Wasseraufbereitungsanlagen zu bauen. Urlauber auf dem Bauernhof zahlen nur 25 Cent, Gäste von 5-Sterne-Hotels dagegen 2 Euro am Tag.

Der spanische Ministerpräsident José Maria Aznar hat sich gegen die "Ecotasa" ausgesprochen. In seinen Augen verletzt sie die Steuerhoheit des Staates und schadet dem Tourismus in Spanien. Bis zur Zustimmung durch den obersten spanischen Gerichtshof hat die Steuer lediglich vorläufigen Charakter (taz Nr. 6739, 2.5.2002).

Emissionshandelssystem der EU im Blickpunkt

Den am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen sollen nach Angaben des europäischen Parlaments keine EU-weiten sondern stattdessen nationale Emissionsobergrenzen vorgegeben werden. Lesen Sie mehr (englisch):

EU climate trading scheme in the spotlight

The European parliament's rapporteur on the draft EU greenhouse gas emissions trading scheme has abandoned the idea of setting at EU rather than national level the total number of emission allowances available for participating companies to trade.

Instead, Portuguese christian democrat Jorge Moreira da Silva has proposed that individual countries still allocate allowances themselves, but with a limit on distribution to prevent "over-allocation" distorting the market.

The rapporteur's change in tack emerged in a report on an EU trading directive proposal debated by the European Parliament's environment committee yesterday. In other respects, Mr Moreira da Silva has tabled proposals largely in line with his preliminary thinking, outlined at a conference two months ago.

In the first phase of the trading scheme from 2005 to 2008, 70% of available allowances would be free-of-charge and 30% auctioned. Thereafter all allowances would be auctioned, with revenues recycled to industry. The Commission has proposed 100% free allocation in the first instance but has yet to state an allocation preference post-2008.

As he previously hinted, the rapporteur has not proposed an immediate expansion of the scheme's scope to include other gases and industrial sectors, but says this should happen "at the earliest possible stage". The Commission should develop the methodology to be able to table a proposal to extend the scope by 2004. This would not enter force before the scheme goes live the following year.

Another proposed change would mean only entities subject to emission caps were able to trade emission allowances. This would prevent non-governmental organisations buying them to remove more emissions from the system. Credits from the Kyoto protocol's clean development mechanism or joint implementation would not be eligible for trade if derived from schemes based on sinks, nuclear or large-scale fossil fuel sources.

Most committee members speaking in the debate called for more gases and sectors - especially the chemicals sector - to be covered, while German, British and Finnish members again questioned the need for a compulsory scheme during the three-year lead-in phase. Green MEP Alexander de Roo said more than 30% of allowances could be auctioned in the lead-in - contradicting fellow party member Heidi Hautala, who has proposed the same figure to the parliament's industry committee (Environment Daily 1202, 23.04.02)..

USA erhöhen die Agrarsubventionen

Die USA geben weitere 73 Milliarden Dollar aus, um ihre Handelspartner zu ärgern. Am Donnerstag hat das Repräsentantenhaus mit satter Mehrheit die so genannte Farm Bill beschlossen. Senat und Präsident werden

in Kürze folgen. Dieses Gesetz regelt die Subventionszahlungen an die Landwirte der Vereinigten Staaten. Über die nächsten zehn Jahre werden etwa 180 Milliarden Dollar an staatlichen Hilfen fließen. Das ist nicht nur viel Geld, das ist eine Steigerung um 73 Milliarden Dollar (81 Milliarden Euro) oder 70 Prozent. Und zwar vor allem nach dem Prinzip "wer viel produziert, kriegt auch viel", schön verteilt nach den Regionen zur Kongresswahl im Herbst.

Das ärgert nicht nur manche Steuerzahler in den USA, sondern vor allem Agrarproduzenten weltweit - also fast alle Staaten, ob nun Verbündete oder Feinde der Nordamerikaner, ob nun Entwicklungs- oder Hightech-Land. Denn mit den erneut höheren Subventionen für US-Farmer wird der internationale Dumpingkampf für Lebensmittel weiter angeheizt. Die Welthandelsorganisation WTO kann bald eine eigene US-Abteilung eröffnen. Schließlich ist die halbe Welt und vor allem die EU schon bei ihr vorstellig geworden wegen der von Bush Junior verhängten Importzölle auf Stahl. Und Kanada ist verschnupft, weil die USA Holzimporte aus dem Nachbarland beschränkt haben - auch nicht gerade ein unsensibles Thema für das walddreiche Nordland.

Dass es auch in den USA vielen Bauern schlecht geht, bestreitet kaum jemand. Die Frage ist nur - warum? Die Organization for Competitive Markets (www.competitivemarkets.com, eine Organisation mit Beteiligung des US-Verbraucheranwalts Ralph Nader) hat eine Erklärung abseits von Missernten und Wirtschaftskrise: die zunehmenden Monopole in der Verbreitung der Lebensmittel in den USA. So kontrollieren dort die vier größten Schlachtkonzerne 83 Prozent des Rindfleisches und 63 Prozent des Schweinemarktes.

Mit ihrer Marktmacht drücken die großen Verarbeiter einerseits die Farmer und treiben andererseits die Preise im Verkauf nach oben. So lässt sich schön Profit machen. Die mystisch verklärten amerikanischen Cowboys und die kleinen Farmer aus den Fernsehserien kann dann die Regierung retten. Das kommt einem nun wieder ein bisschen wie in der EU vor. Da müssen auch bald für jeden Feldrain Umwelthilfen an die kleineren Landwirte bezahlt werden, weil sonst von den Alpen bis zum Wattenmeer nur noch Agrarfabriken oder Dornenbüsche wachsen. Aber ob der dann amtierende deutsche Finanzminister auch 73 Milliarden Dollar übrig hat? (taz Nr. 6741, 4.5.2002, Reiner Metzger).

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Gesamte Partei-Jugend in Baden-Württemberg für Ökologische Finanzreform

Auf Initiative der NAJU (Naturschutzjugend im NABU) wurde mit den Jugendorganisationen aller im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien ein gemeinsames Papier zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft verfasst. Darin haben sie sich auf zahlreiche Forderungen, vom Abbau umweltschädlicher Subventionen bis hin zur Förderung ökologisch sinnvoller Technologien, geeinigt. "Als Jugendverbände sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Interessen der heutigen Jugend und künftiger Generationen zu artikulieren", so Edith Grupp, Vorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg. Dazu gehöre insbesondere die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

"Wir waren uns recht schnell einig, dass bisher ein Defizit in der Nutzung marktwirtschaftlicher Elemente besteht, um ökologische Ziele zu erreichen", sagt Damian Ludewig, Landesjugendsprecher der NAJU Baden-Württemberg und VWL-Student in Heidelberg. Dass die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts darin besteht, von der Sozialen- hin zu einer Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft zu kommen, sieht auch Felix Glaser, Spitzenkandidat der Jungliberalen für die kommende Bundestagswahl, so. Er prangert vor allem die Subventionierung des Klimakollapses an: "Es kann nicht sein, dass wir es uns mit leeren Staatskassen erlauben, Klimakiller wie die Kohle zu subventionieren!"

Die Jugendlichen fordern die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips, nach dem jeder für die von ihm verursachten Schäden bezahlen muss. Bisher werden die Kosten für Naturverbrauch und Umwelterstörung zumeist auf die Allgemeinheit abgewälzt und sind somit für den Einzelnen weder sichtbar noch wird deren Begleichung von ihm eingefordert.

Martin Rosemann, Landesvorsitzender des Jusos meint, man könne fast zu dem Schluss gelangen, "dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem vor allem darauf angelegt ist, möglichst viele Arbeitsplätze zu vernichten und ökologisches Handeln zu sanktionieren, wo immer es geht." So würden heute über 60 Prozent aller Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit erhoben während die Besteuerung von Ressourcenverbrauch gerade mal mit 10 Prozent zu Buche schlage. Und da seien Tabak- und Biersteuer schon mit eingerechnet.

Auf weitere unsinnige Subventionen weist Sandra Dümer, Vorsitzende der Grünen Jugend hin. So sei Kerosin, der Treibstoff für das klimaschädlichste Verkehrsmittel überhaupt, bisher von Mineralöl- und Mehrwertsteuer befreit, die viel zu hohe Entfernungspauschale fördere Zersiedelung und Fernverkehr und auch der ermäßigte Steuersatz auf Dieselmotoren sei ökologisch nicht zu rechtfertigen.

Die Jugendlichen haben jedoch gleich klargemacht, dass es ihnen nicht darum geht, neue Finanzquellen für den Staat aufzumachen oder beim Bürger abzukassieren. Daher solle das Aufkommen für alle Bürger gleich durch einem pauschalen Betrag zurückgegeben werden. Unternehmen bekommen den gleichen Satz pro Beschäftigtem ausbezahlt, um einen Anreiz für Arbeitsplätze zu schaffen (Presseerklärung NAJU, 26. Februar).

Forderungen der NAJU und der Jugendorganisationen JU, Jusos, JuLis und Grüne Jugend zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft

Auf Initiative der NAJU (Naturschutzjugend im NABU) wurde mit den Jugendorganisationen aller im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien ein gemeinsames Papier zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft verfasst.

Hier der Wortlaut:

1. Verursacherprinzip

- **Sachverhalt:** Die bisherigen Rahmenbedingungen sind so ausgelegt, dass Umweltschutz sich nur selten lohnt, da der Verbrauch von Umwelt weitgehend kostenlos ist. Daher müssen die Preise so angepasst werden, dass diese die tatsächlich entstehenden Kosten widerspiegeln.
- **Forderung:** Das Verursacherprinzip muß in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden.

2. Entfernungspauschale

- **Sachverhalt:** Die erhöhte Entfernungspauschale von 35 bzw. 40 Cent pro Kilometer bevorzugt Pendler mit weiten Anfahrtswegen und fördert damit zusätzlichen Verkehr und die Zersiedelung der Landschaft. Durch die Entfernungspauschale ist es allerdings zu einer gleichwertigen Förderung der verschiedenen Verkehrsmittel gekommen.
- **Forderung:** Senkung der Entfernungspauschale und Wiedereinführung einer einheitlichen Pauschale pro Kilometer, unabhängig von der Gesamtstrecke. Die gleichberechtigte Förderung der verschiedenen Verkehrsmittel wird von uns begrüßt.

3. KFZ-Steuer

- **Sachverhalt:** Die Umwelt und damit das Weltklima wird nicht in erster Linie dadurch belastet, dass ein Auto in der Garage steht, sondern dadurch, dass es gefahren wird. Die KFZ-Steuer bietet bisher keinen Anreiz, das Auto stehen zu lassen und auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. Außerdem erfordert die Erhebung unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten.
- **Forderung:** Streichung der KFZ-Steuer und Umlegung auf die Mineralölsteuer. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle der Länder müssen kompensiert werden.

4. Schwerverkehrsabgabe

- **Sachverhalt:** Der LKW-Verkehr wird in den kommenden Jahren drastisch ansteigen. Schon jetzt verursacht er riesige Kosten für den Unterhalt der Straßen und hohe Umweltschäden. Das Bundesumweltministerium plant daher eine Schwerverkehrsabgabe in Höhe von durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer.

-
- **Forderung:** Um die genannten Schäden zu vermindern und gleichzeitig eine Verlagerung des Gütertransports auf Schiene und Wasser zu fördern, befürworten wir die geplante Schwerverkehrsabgabe, fordern aber deren Erhöhung.
5. Dieselsteuer
- **Sachverhalt:** Obwohl Dieselabgase aufgrund des hohen Ausstoßes von Rußpartikeln wesentlich krebserregender als Abgase aus Benzinmotoren sind, werden sie bisher steuerlich begünstigt.
 - **Forderung:** Diesel und Benzin sollen in gleicher Höhe besteuert werden.
6. Kerosinsteuer
- **Sachverhalt:** Kerosin ist als einziger Treibstoff von der Mineralöl- und Mehrwertsteuer ausgenommen. Diese Bevorzugung ist nicht gerechtfertigt, da gerade das Flugzeug das klimaschädlichste Verkehrsmittel überhaupt ist.
 - **Forderung:** Wettbewerbsverzerrungen aufheben und Kerosin europaweit besteuern
7. Primärenergiesteuer
- **Sachverhalt:**Die bisherige Stromsteuer als Endenergiesteuer bietet keine Anreize für eine umweltschonende und effiziente Stromerzeugung. So sind im Jahr 2000 trotz des spürbaren Rückgangs des Benzinverbrauchs die nationalen Kohlendioxidemissionen insgesamt leicht gestiegen. Der Grund dafür lag vor allem in der gestiegenen Verstromung von Braunkohle. Braunkohlestrom aus Kondensationskraftwerken, der mit den höchsten CO₂-Emissionen verbunden ist, wird genauso hoch besteuert wie beispielsweise Strom aus CO₂-freien Windanlagen.
 - **Forderungen:** Um das Weltklima zu schonen fordern wir eine Umwandlung der pauschalen Stromsteuer in eine CO₂ -Steuer auf Primärenergie. Die Höhe der Steuer soll sich im Sinne des Verursacherprinzips nach der Menge an emittiertem CO₂ richten, die bei der Energieerzeugung entsteht.
 - Die Steuer betrifft alle nicht regenerativen Energieträger, die in Deutschland verwendet werden.
 - Uranbrennstäbe werden mit dem durchschnittlichen Steuersatz der anderen Energieträger besteuert, damit es zu keinem Vorteil der Atomenergie gegenüber anderen Energiequellen kommt.
 - Es soll versucht werden eine einheitliche Regelung für eine europaweite Besteuerung von Strom zu finden.
8. Kohlesubventionen
- **Sachverhalt:** Für den Kohlebergbau werden Jahr für Jahr Milliardenbeträge an staatlichen Subventionen gezahlt, obwohl Kohle ein besonders klimaschädlicher Energieträger ist und mit dem Geld im Bereich der erneuerbaren Energien wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.
 - **Forderungen:** Kohlesubventionen schneller zurückfahren und bis spätestens 2010 ganz abschaffen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen zur Anschubfinanzierung für ökologische Technologien und zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt werden, um die Schuldenlast für kommende Generationen zu reduzieren.
9. Ausnahmeregelungen
- **Sachverhalt:** Gerade diejenigen, die am meisten Energie verbrauchen und damit wesentlich zum Klimakollaps beitragen, werden - obwohl sie in der Regel als Großabnehmer sowieso schon wesentlich weniger für die Kilowattstunde Strom zahlen, als der Normalverbraucher - von der Ökosteuer weitgehend befreit.
 - **Forderung:** Ausnahmeregelungen der Ökosteuer zügig abbauen.

10. Verwendung der Einnahmen

- **Sachverhalt:** Es scheint in unserer Gesellschaft einen weitgehenden Konsens über zwei wesentliche Ziele zu geben: Wir wollen einerseits möglichst viele Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten und andererseits Natur und Ressourcen (auch und gerade im Hinblick auf kommende Generationen) schonen. Über 60% aller Steuern und Abgaben gehen bisher in Form von Lohn- und Einkommenssteuer sowie Sozialabgaben zu Lasten des Faktors Arbeit. Die Kosten für den Natur- und Ressourcenverbrauch sind für den Einzelnen dagegen bisher viel niedriger als die tatsächlich entstehenden Kosten, die weitgehend von der Allgemeinheit getragen werden. Zusätzliche Steuern werden dagegen von der breiten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.
- **Forderungen:** Am Prinzip der Aufkommensneutralität muß festgehalten werden, um nicht dem Vorwurf der „Abzockerei“ Vorschub zu leisten. D.h. die Einnahmen aus der Verteuerung des Naturverbrauchs müssen direkt an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Daher sollen zusätzliche ökologische Projekte aus Einsparungen bei ökologisch kontraproduktiven Subventionen finanziert werden.
- Wir fordern, die Ökosteuererinnahmen über eine Pro-Kopf-Regelung ("Öko-Bonus") an die Bevölkerung zurückzugeben. Diese Regelung hat eine starke soziale und familienpolitische Komponente. Zudem bietet der Öko-Bonus die Möglichkeit den eigentlichen Sinn einer Ökosteuer in der Bevölkerung zu verankern, da für jeden deutlich wird, dass es dabei nicht um die Erzielung von Einnahmen geht, sondern um die Verwirklichung des Verursacherprinzips. "Nebenbei" wird ein freiheitlicher, innovativer und kostengünstiger Umweltschutz verwirklicht.
- Unternehmen bekommen für Beschäftigte ebenfalls einen Öko-Bonus, um so einen Anreiz für Arbeitsplätze zu schaffen. Das Ökosteueraufkommen wird also durch die Zahl der Bürger plus die Zahl der Beschäftigten geteilt, und somit direkt zurückgegeben.

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

Rot-grüne Kritik am Klimaschutz-Ziel der Regierung

Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern Nachbesserungen an der am Mittwoch in Berlin vom Kabinett verabschiedeten nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. SPD-Fraktionsvize Michael Müller und Reinhard Loske, Umweltexperte der Grünen verlangten ein stärkeres Bekenntnis zum Klimaschutz. Sie wollen, dass sich die Regierung für die langfristige Verringerung der Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 ausspricht (Berliner Zeitung, 18.04.02).

Lesen Sie weiter unter

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0418/politik/0079/index.html?

Umweltweisen: deutsche Vorreiterrolle in der Umweltpolitik gefordert

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat der Bundesregierung in seinem alle zwei Jahre erscheinenden Umweltgutachten ein überwiegend positives Zeugnis ausgestellt, in einigen Bereichen aber auch erhebliche Nachbesserungen angemahnt. Seit dem Amtsantritt von Rot-Grün habe es beim Umweltschutz "erhebliche Fortschritte" gegeben, sagte der amtierende Vorsitzende des Gremiums, Martin Jänicke, am Donnerstag in Berlin. Dies betreffe vor allem die Landwirtschaft, den Naturschutz und mit Abstrichen auch den Klimaschutz. Deutschland habe innerhalb der EU in der Umweltpolitik eine "unbestrittene Vorreiterrolle" eingenommen, die in den nächsten Jahren aber weiter ausgebaut werden müsse.

Zentraler Baustein einer zukunftsweisenden Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nach Einschätzung der Umweltweisen der langfristige Ausbau der Ökosteuer sowie eine radikale Wende in der Energiepolitik (Berliner Zeitung, 12.04.2002).

Lesen Sie weiter unter

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0412/wirtschaft/0001/index.html?

Emissionsangaben für Autos irreführend

Ein als Acht-Liter-Auto bezeichneter PKW ist in Wahrheit – nach Maßgabe seines Klimaeffekts – ein Elf-Liter-Auto. Das belegen die Wissenschaftler des Wuppertal Instituts, Prof. Dr. Rudolf Petersen (Verkehr) und Dr. Hans-Jochen Luhmann (Klima). Sie rechnen vor: Insbesondere der Betrieb von Klimaanlage, mit denen heutzutage 90 Prozent der deutschen Neuwagen ausgestattet sind, sorgt bereits für 1 Liter Mehrverbrauch, dazu kommen 0,4 Liter aufgrund von Verlusten des Kältemittels mit seinem sehr starken Treibhauseffekt.

Die Emissionen des Katalysators an Lachgas, ebenfalls ein Treibhausgas, entsprechen einer Erhöhung des Benzinverbrauchs um nochmals 0,4 Liter. In den behördlich normierten Verbrauchsangaben deutscher Automobilhersteller unberücksichtigt bleiben ebenfalls Fahrweisen und weitere Zusatzausstattungen – zu veranschlagen sind dafür mindestens 1,2 Liter.

Die Autoren halten realistische Angaben über die tatsächlichen Klimabelastungen der Fahrzeuge für dringend erforderlich. Bei den Verbrauchsvorschriften des Gesetzgebers geht es bisher nur um den Energiebedarf für normierte Fahrzeugbewegungen. Der Zusatzbedarf für den Betrieb des hochkomfortablen "Erlebnisraums Auto" und die weiteren Treibhausgasemissionen sind dringend zu berücksichtigen (Pressemitteilung 4/2002 Wuppertal Institut).

Henkel erntet Lob von Umweltschützern - Platz eins beim Rating für nachhaltiges Wirtschaften

Die Henkel KGaA ist in Europas Chemiebranche die Nummer eins bei nachhaltigem Wirtschaften. Dieses Prädikat verlieh die Ratingagentur Oekom Research AG dem Düsseldorfer Konzern pünktlich zum gestrigen Erscheinen ihres auf zehn Jahre angelegten Nachhaltigkeitsberichts. Henkel führt vor BASF, Bayer und Merck KGaA.

In der Chemiebranche sei es noch ein weiter Weg bis zur umweltfreundlichen Umgestaltung aller Produkte, urteilt Oekom-Analyst Andreas Stefferl. „Henkel ist die Ausnahme, weil Umweltaspekte überzeugend in ein Großteil der Produkte integriert sind“, lobt er. Zudem habe der Konzern ein sehr gutes Umweltmanagement.

„Nachhaltige Produkte gibt es nicht, sondern nur unterschiedlich schädliche. Unsere Produkte sollen weniger schädlich sein als die der Wettbewerber“, sagt Henkel-Chef Ulrich Lehner dem Handelsblatt. Ein Beispiel ist das 1983 eingeführte erste phosphatfreie Waschmittel von Henkel, das die Umweltorganisation WWF als „Meilenstein der Produktentwicklung“ bezeichnete. Nachhaltiges Wirtschaften sei entscheidend für die Zukunft der Unternehmen, sagt Lehner. Es sichere deren Lebensfähigkeit.

Henkel setzt mit Produkten wie Waschmitteln, Körperpflegeartikeln und Klebstoffen jährlich 13 Mrd. Euro um. Ohne umweltorientierte Neuerungen könnte der Konzern manche Produkte nicht mehr verkaufen, schildert Lehner. „Dann hätten wir nicht unsere Marktstellung. Der Klebestift Pritt etwa wird gekauft, weil er lösemittelfrei ist.“

Nachhaltigkeit verstarke die Position im weltweiten Wettbewerb um Kunden und Mitarbeiter, erläutert der Henkel-Chef. Das verbessere auch die Gewinne. Zudem brächten gute Ratings bei so genannten Nachhaltigkeitsfonds auf den Kapitalmärkten Vorteile, weil neue Anleger gewonnen würden.

Henkel verscrieb sich im Jahr 1991 der Nachhaltigkeit und gab das Ziel des „Öko-Leadership“ vor. Dies sollen alle 45 750 Mitarbeiter „leben“, formuliert Lehner. Sämtliche Standorte arbeiten nach einheitlichen Standards für Sicherheit, Gesundheit und Umwelt, die strenger als die Iso-Normen sind.

Mehrfach erhielt Henkel Preise für sein Konzept: Im August 2001 wurde der Konzern zum „Sustainability Leader“ der Konsumgüterbranche im Dow Jones Sustainability Group Index ernannt. Umweltschützer halten das Lob für gerechtfertigt: „Wir sind sehr zufrieden mit der Art der Produkte und der Produktion“, erklärt Bernhard Bauske vom WWF.

Trotzdem gibt es bei Henkel noch viel zu tun, denn der Nachhaltigkeitsbericht zeigt auch Schwächen. So stiegen voriges Jahr trotz stabiler Produktion Energiebedarf, Kohlendioxid-Ausstoß, Abfälle und Emissionen in Gewässer. Henkel nennt Ziele – Kosmetik- und Körperpflegemittel sollen möglichst aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden –, vermeidet aber konkrete Zeitvorgaben. Laut Lehner soll diese Ausrichtung

„kurzfristig“ geschehen.

Nachhaltigkeit müsse umfassend betrachtet werden, erläutert Oekom-Analyst Stefferl – das zeige sich beim Thema nachwachsende Rohstoffe deutlich. Henkel sei beim Einsatz solcher Stoffe weiter als die Branche. „Andererseits fördert dieses Vorgehen die konventionelle Landwirtschaft, die überhaupt nicht nachhaltig ist. Man muss Nachhaltigkeit daher integriert sehen“, sagt er. Auch Bernhard Bauske vom WWF fordert, „für Palmplantagen keine Urwälder zu zerstören und die Plantagen nachhaltig zu bewirtschaften.“

Henkel müsste demnach Zulieferer verpflichten, von den Herstellern von Palmkern- und Kokosöl nachhaltigen Anbau zu verlangen. „So konkreten und direkten Druck üben wir nicht aus“, räumt Lehner ein. „Für die wichtigsten Produkte werden wir die vorgelagerten Stufen auf Nachhaltigkeit prüfen“, verspricht er. „Im Zweifel wählen wir den nachhaltigeren Zulieferer.“

Nachhaltigkeit bedeutet auch soziale Verantwortung. „Es ist ein Defizit, dass Henkel keine konzernweiten Sozialstandards hat und in Ländern mit schlechten sozialen Standards aktiv ist“, bemängelt Stefferl. Der Vorstand scheint sich dessen bewusst und sagt zu, das Umweltmanagement zum Nachhaltigkeitsmanagement auszuweiten (Handelsblatt, 07.05.2002, Susanne Bergius).

Tschernobyl-Jahrestag: Beim BBU kann ab sofort bundesweit atomfreier Strom geordert werden

Ab sofort kann beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. bundesweit atomfreier Strom der Energiewerke Schönau (EWS) geordert werden. EWS-Strom ist "atomstromfrei". Dies war die notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für den BBU aktiv für EWS zu werben. EWS ist aus der Bürgerbewegung hervorgegangen und hat dies nicht vergessen. Es geht ihnen bei ihrem Ökostrom um viel mehr, als nur um Stromverkauf. Über dezentrale Förderprogramme aus dem Ökostromverkauf initiieren und unterstützt EWS lokale Projekte. Wichtig ist EWS, das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement in das wirtschaftliche Handeln mit dem Ziel zu integrieren, eine breite Bürgerbewegung für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Gang zu setzen durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise im Interesse auch der nachfolgenden Generationen.

BBU und EWS haben eine Kooperation vereinbart, die am 26.04.02, dem Tag an dem sich die Atomkatastrophe von Tschernobyl zum 16ten Mal jährt, startet. Der BBU ist der Dachverband der Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich. 1972 von den ersten umweltpolitisch agierenden Initiativen gegründet, hat er in seiner bisher 30-jährigen Geschichte maßgeblich dazu beigetragen, die Bürgerinitiativbewegung in Bundesrepublik zu verankern. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), auch unter dem Namen "Stromrebell" bekannt, sind das erste Energieversorgungsunternehmen, das aus einer Bürgerbewegung hervorgegangen ist. Den "Stromrebell" ist es nach jahrelangem Kampf im Juli 1997 gelungen, die Stromversorgung ihrer Gemeinde zu übernehmen, um modellhaft eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung ohne Atomstrom zu verwirklichen.

Die Elektrizitätswerke Schönau kaufen den Strom nur von solchen Produzenten, die nachweisbar nicht mit der Atomindustrie verflochten sind. Nur so kann sicher gestellt werden, dass das Geld der StromkundInnen nicht über Umwege wieder den Atomstromunternehmen zufließt. EWS setzt auf regenerative Energien und auf Kraft-Wärme-Kopplung. Der EWS-Strom ist selbstverständlich TÜV zertifiziert. Zertifiziert ist auch, dass es bei den Produktionsanlagen keine Verflechtung mit der Atomindustrie gibt (Info BBU, 26.04.2002).

6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Sehr geehrte Damen und Herren, da wir in Rheinland-Pfalz den Anschluß an die Initiative 2000 plus aus NRW - Schulmaterialien aus Recyclingpapier - vorbereiten, möchte ich anmerken, daß es wesentlich effektiver und weniger aufwändig wäre, den enorm hohen Papierverbrauch zu drosseln, die Verwendung von Recyclingpapier zu steigern und so die natürlichen Ressourcen (Wald und Klima) zu schonen, wenn möglichst bald eine sehr hohe Steuer auf Frischfaserpapier erhoben wird und auch die Holz- und Zellstoffimporte mit Einfuhrzöllen belastet und mengenmäßig eingeschränkt werden. Bitte verfolgen Sie auch diese Idee bei Ihrer Arbeit! (A.W. aus Dieblich).

Sehr geehrte Damen und Herren, beim Bau unseres Einfamilienhauses wurde vor Jahren empfohlen, dass es gut sei, mit erneuerbaren Energien zu heizen. Wir ließen uns deshalb zwei Brunnen bohren und kauften uns eine Wärmepumpe. Bei der Jahresstromabschlussrechnung für 2001 stellte sich folgendes heraus:

Auf den Haushaltsstrom	3916 KWh
und den Strom für die Wärmepumpe	20882 KWh

wurde Öko- Steuer und Mehrwertsteuer erhoben.

Obwohl die Wärmepumpe vom Staat und den Regierungen (erneuerbare Energien) gefördert wird, wird zusätzlich Öko Steuer verlangt ?

Außerdem möchte ich wissen, ob auf eine erhobene Zusatzsteuer auch noch Mehrwertsteuer berechnet werden darf ? (A.L.)

Antwort von Anselm Görres: Sehr geehrter Herr Lück, Ihre Frage, warum

a) auch Strom für eine doch staatlich geförderte Wärmepumpe der Ökosteuer unterliegt

b) die Mehrwertsteuer auch auf die Ökosteuer "draufgeschlagen" wird, kann ich wie folgt beantworten.

Ad a). Es wäre administrativ ineffizient, über die vorhandenen Förderinstrumente für bestimmte Energiearten oder Energieverwendungen hinaus auch bei der Ökosteuer noch zu differenzieren. Die Stromsteuer ist eine Steuer, die bildlich gesprochen, "hinter dem Stromnetz" ansetzt, was es technisch sehr schwierig macht, nach unterschiedlichen Stromquellen zu differenzieren. Natürlich wäre es technisch möglich, unterschiedliche Stromverwendungen, die auf den Stromrechnungen getrennt ausgewiesen werden, weil sie unterschiedlichen Tarifen unterliegen, auch steuerlich unterschiedlich zu behandeln. Aber stellen Sie sich das Chaos bei den Ökosteuersätzen vor - wir finden es schon problematisch genug, dass für Industrie, Schienenverkehr und Haushalte jeweils unterschiedliche Ökosteuersätze gelten. Auch die Bürokratie wird damit erhöht.

(Nach dem Lehrsatz des Nobelpreisträgers Tinbergen wäre es übrigens auch wirtschaftspolitisch falsch, für ein Ziel mehr als ein Instrument zu verwenden. Wenn der Gesetzgeber Wärmepumpen fördern will, soll er dies direkt tun, und nicht indirekt über eine Ökosteuerbefreiung.)

Ad b). Dass die Mehrwertsteuer erst am Ende der Rechnung hinzuaddiert wird, gilt für alle Verbrauchssteuern, auch die Mineralölsteuer, und ist ebenfalls steuersystematisch bedingt. Sonst hätte man wieder eine zusätzliche Komplizierung des Mehrwertsteuergesetzes um weitere Ausnahmeregelungen.

7. KURZMELDUNGEN

Gesetz zur Ratifizierung des Kyoto-Protokoll verabschiedet

Der Bundesrat hat am 26. April 2002 das Gesetz zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls gebilligt. Diese Entscheidung des Bundesrates ist wichtig, um den Zeitplan zum In-Kraft-Treten des Kyoto-Protokolls einzuhalten.

Im "Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen" verpflichten sich die Industriestaaten, ihre gemeinsamen Emissionen der wichtigsten Treibhausgase im Zeitraum 2008 bis 2012 um mindestens 5 Prozent zu senken.

Die Bundesregierung hatte sich mit großem Engagement an den Diskussionen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls beteiligt. Sie nimmt mit ihrer Verpflichtung, für den Zeitraum von 2008 bis 2012 ihre Treibhausgasemissionen auf 21 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, auch weiterhin eine Vorreiterrolle in der Staatengemeinschaft ein. Bis heute wurde gegenüber 1990 schon eine Minderung von 18,7 Prozent erreicht und damit eine gute Grundlage geschaffen, um das angestrebte Minderungsziel zu erfüllen.

Wenn es auch international gelingt, den Zeitplan für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu erfüllen, werden im September 2002 in Johannesburg auf der Internationalen Konferenz für nachhaltige Entwicklung zum ersten Mal verbindliche Ziele und Maßnahmen für den globalen Klimaschutz in der internationalen Staatengemeinschaft in Kraft treten. Dies ist ein erster und wichtiger Schritt, den von Menschen verursachten Klimaänderungen, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährden, entgegenzutreten (<http://www.bundesregierung.de>, 26.04.2002).

8. SERVICE: JOBS

Praktikum bei der VÖW ab 1. September 2002

Für die Geschäftsstelle suchen wir ab 01.09.2002 einen/eine Praktikanten/Praktikantin für 6 Monate

Aufgabenfeld:

- Vorbereitung von Tagungen und Seminaren,
- Betreuung der Vereinsmitglieder (Mitgliederverwaltung, Information etc.)
- Erstellung von Dokumentationen, Abrechnung mit Förderinstitutionen; Sponsoring

Wir erwarten:

- Interesse an Umwelt und Ökonomie
- Organisationstalent
- Eigenständiges Arbeiten
- Gute Computerkenntnisse
- Kontaktfreudigkeit

Wir bieten:

- Kreatives und Selbständiges Arbeiten
- verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich der ökologischen Wirtschaftsforschung
- modernes Büro mit Fax, Kopierer und Internet-Zugang.
- 325 Euro monatliche Aufwandsentschädigung; Fahrtkostenzuschuss
- Unterstützung bei der Wohnungssuche in Berlin

Zusätzlich muss eine Einarbeitungszeit von 14 Tagen mit eingerechnet werden

Bewerbungen jederzeit an die Geschäftsstelle:

Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e.V.

Potsdamer Str. 105

10785 Berlin

Fon: 030 - 88 51 800, Fax: 030 - 8825439, E-Mail: <mailto:info@voew.de>

Die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) ist ein Netzwerk von Lehrenden und Lernenden, Wissenschaftlern und Praktikern aus verschiedenen Disziplinen. Die 350 Mitglieder sind in Forschungseinrichtungen und Universitäten, Unternehmen und Politik tätig. Seit ihrer Gründung 1985 hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zu vernetzen, die sich mit ökologischen und auf Nachhaltigkeit gerichteten Fragestellungen beschäftigen, um den transdisziplinären Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und zu verbessern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind die Integration des Nachhaltigkeitsgedankens und ökologischer Themen in die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Lehre. Die VÖW bezieht aktiv Stellung zu ökologischen Fragestellungen in der Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungspolitik.

Sachverständigenrat sucht wissenschaftlichen Mitarbeiter Umweltökonomie

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung sucht für seine Geschäftsstelle in Berlin eine(n) wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(in) für den Bereich Umweltökonomie.

Das Arbeitsverhältnis beginnt sofort und ist bis zum 30.04.2004 befristet.

Aufgabengebiet:

- Bearbeitung von ökonomischen Fragen der Umweltpolitik im Rahmen der Gutachtenarbeit des Rates.
- Beobachtung und Darstellung umweltrelevanter Entwicklungen auf sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Ebene.
- Auswertung und Rezeption der wissenschaftlichen Publikationen auf dem Gebiet der Umweltökonomie.
- Beratung der Mitglieder und Mitarbeiter des Rates in wirtschaftswissenschaftlichen Fragen.

Anforderungen:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium der Wirtschaftswissenschaften.
- Besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Umweltökonomie und in umweltrelevanten Bereichen der Wirtschaftspolitik und anderer Politikbereiche (z.B. Raumordnung, Verkehr, Energie u.a.).
- Kenntnisse über die Umsetzungsprobleme in der betrieblichen und behördlichen Praxis.
- Erfahrungen in der wissenschaftlichen Politikberatung.
- Beteiligung an Problemlösungen außerhalb des Fachgebietes.
- Gewandte Ausdrucksweise in Wort und Schrift.
- Englische Sprachkenntnisse.

Dotierung: Vergütungsgruppe IIa BAT; Kenn-Nr.: 9 / SRU / 2002; Bewerbungsfrist: 28.05.2002

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen unter Angabe der Kenn-Nr. erbeten an:

Umweltbundesamt

Postfach 33 00 22, 14191 Berlin

Verbraucherinitiative sucht Referentin/Referenten im Fachbereich Umwelt

Die Verbraucher Initiative e. V. ist der 1985 gegründete Bundesverband kritischer Verbraucherinnen und Verbraucher. Für unsere Bundesgeschäftsstelle in Berlin suchen wir zum nächst möglichen Zeitpunkt eine/einen Referentin/Referenten im Fachbereich Umwelt.

Wir bieten eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit folgenden Aufgaben:

- Mitarbeit bei Ausbau und Aktualisierung der Internet-Datenbank www.Label-online.de
- Mitarbeit bei Projekten zum Thema Mobilfunk und Gesundheit
- Entwicklung von Projekten zu verbraucherrelevanten Umweltthemen
- Mitarbeit an den vereinseigenen Medien im Fachbereich Umwelt
- allgemeine Pressearbeit zu Umweltthemen
- Bearbeitung von Mitgliederanfragen
- Vertretung in Gremien und Arbeitsgruppen

Wir erwarten:

- ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit direktem Bezug zu Umweltthemen oder eine den obigen

Aufgaben entsprechende mehrjährige Berufstätigkeit

- fundierte Kenntnisse in den Bereichen produktbezogener Umweltschutz und Elektrosmog
- Berufserfahrung im Umweltbereich
- Fähigkeit zum journalistischen und selbständigen Arbeiten
- Verhandlungsgeschick und sicheres Auftreten
- Teamfähigkeit

Die Stelle ist zunächst auf 12 Monate befristet, eine Verlängerung wird - vorbehaltlich der entsprechenden Projektmittel - angestrebt. Sie ist für Berufseinsteiger/innen nicht geeignet.

Wir bitten Sie bei Interesse eine Kurzbewerbung mit Angaben zu Gehaltsvorstellungen und einem möglichen Anfangsdatum bis zum 31. Mai 2002 an die VERBRAUCHER INITIATIVE e. V., z. Hd. Herrn Georg Abel, Elsenstraße 106, 12435 Berlin, zu senden. Die Unterlagen werden von uns nicht zurückgesandt.

9. SERVICE: LINKS

Umweltbericht 2002

Der Umweltbericht 2002 wurde am 27. März 2002 vom Bundeskabinett verabschiedet. Er dient der periodischen Unterrichtung des Parlaments und der Öffentlichkeit über Umweltsituation und Umweltpolitik in Deutschland.

Der Umweltbericht bilanziert die Umweltpolitik der 14. Legislaturperiode und beschreibt Stand und Perspektiven der Politik der ökologischen Modernisierung im Vorfeld des VN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg, Südafrika.

Der Bericht nimmt Bezug auf die Handlungsempfehlungen des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen in seinen letzten Gutachten und berücksichtigt die Ergebnisse des 2001 veröffentlichten Prüfberichts der OECD zum Stand von Umweltsituation und Umweltpolitik in Deutschland.

Hauptdatengrundlage des Umweltberichts sind die "Daten zur Umwelt 2000" des Umweltbundesamtes. Mit beiden Publikationen zusammen kommt die Bundesregierung ihrer Pflicht zur Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 11 Umweltinformationsgesetz nach.

http://www.bmu.de/download/dateien/umweltbericht_2002.pdf

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002

Die gemeinsame Website des BMZ und BMU zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg informiert umfassend über den Vorbereitungsprozess. Mit dem Angebot sollen neben der Presse und dem Fachpublikum auch die interessierte Öffentlichkeit und besonders auch Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen und an das Thema herangeführt werden. Die Website ist dementsprechend gestaltet und bietet neben Informationen und Links rund ums Thema deshalb auch spielerische Elemente, u.a. ein Zeitstrahlspiel, die Möglichkeit, seinen ökologischen Fußabdruck zu erstellen und ein interessantes Quiz.

<http://www.weltgipfel2002.de>

10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

16.05.2002, Aachen: 2. Aachener Forum "our sustainable future" - Bausteine der R.I.O. Economy

Im Krönungssaal des Rathauses findet das 2. Aachener Forum "our sustainable future" - Bausteine der R.I.O. Economy statt.

Als Referenten werden u.a. erwartet:

- Wolfgang Clement, Ministerpräsident NRW
- Jacqueline Aloisi de Landerel, Direktorin Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
- Dr. Jürgen Linden, Oberbürgermeister der Stadt Aachen
- Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Präsident Faktor 10 Institut
- Janine Ferretti, Direktorin Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA)
- Alois Flatz, Leiter der Forschungsabteilung SAM Gruppe
- Martin Viehoveer, Präsident Europäische Jugend für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit (YOIS)
- Claude Fussler, Direktor Weltwirtschaftsrat für Nachhaltigkeit (WBCSD)
- Prof. Dr. Maximilian Gege, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied B.A.U.M. e.V. (Moderation)

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Bei Interesse an der Veranstaltung melden Sie sich bitte unter <mailto:forum@achener-stiftung.de> an. (Tel. 0241 / 409290 oder 040 / 4907 1100).

17.06. – 19.06.2002, Mannheim: Economic Modeling Workshop

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) führt erneut den Economic Modeling Workshop durch. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf grundlegenden Verfahren zur Marktanalyse sowie zur Produktions- und Preisplanung in der Energiewirtschaft und steht unter dem Titel „General Equilibrium Analysis of Labour Market Policies“.

Weitere Informationen: Frau Pauli 0621/1235-240; <http://www.zew.de>

27.06.2002, Berlin: Conference on environmental fiscal Reform

OECD will, in co-operation with the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety of Germany, host an open international conference on environmental fiscal reform. The conference will bring together tax and environment experts from governments, academia, non-governmental organisations, industry and the public at large. It will focus on how – in practical terms – countries can progress on the two main obstacles to environmental fiscal reform, namely the fear of loss of sectoral competitiveness and the fear on negative income distribution impacts. A background paper will raise key issues for discussion, and experts from OECD Member countries have been invited to prepare responses.

[LINK](#)

Preliminary program:

Time	Event	Speakers
9:00	Opening remarks	Ken Ruffing , OECD
9:15	Environmental Fiscal Reform in Germany	Minister for Environment, Jürgen Trittin , Germany
9:40	Experiences with environmental fiscal reforms up to now	OECD Secretariat
10:00	Comments, discussion	
10:30	Coffee break	
11:00	Addressing the competitiveness issue	Flip de Kam , University of Gronigen
11:30	Invited responses	Andrew Field , HM Treasury, United Kingdom Alberto Cornejo Perez , Ministry of Finance, Spain John Hontelez , European Environmental Bureau Klaus Bräunig , Bundesverband der Deutschen Industrie
12:30	Open discussion	
13:15	Lunch	
15:00	Addressing the income distribution issue	Flip de Kam , University of Gronigen
15:30	Invited responses	Xavier Delache , Ministry of Environment, France Hans Larsen , Ministry of Taxation, Denmark

		Sue Scott , Economic & Social Research Institute, Ireland TUAC representative (<i>To be confirmed</i>)
16:30	Open discussion	
17:15	Outline of conference conclusions Focussing on the way forward, to overcome the obstacles.	
17:30	Closing comments	Ken Ruffing , OECD Rainer Baake , State Secretary for Environment, Germany

The conference languages will be English and German.

If you are interested in participating at the conference, please contact <mailto:TaxConference@oecd.org> by **20 June** the latest, indicating your name, address, affiliation, phone-number and e-mail address. The number of seats available being limited, a selection of participants might be made.

There will be a conference fee of 25€, which will cover the costs of coffee and lunch being served. Participants will be notified directly by the Umweltforum. The registration will only be valid once the conference fee has been paid.

28.10. – 30.10.2002, Loccum: Tagung zur Ökologischen Finanzreform

Einzelheiten stehen noch nicht fest, wir informieren darüber in einer späteren Ausgabe.

11. FÖS: IN EIGENER SACHE

Mitgliedsbeiträge

Wenn Sie Mitglied sind, denken Sie bitte daran, dass zum 31. März Ihr Beitrag fällig war. Bisher sind leider nur wenige Beiträge eingegangen, daher möchten wir Sie bitten, die Beiträge bald zu überweisen. Zur Vereinfachung für Sie und uns können Sie uns eine Einzugsermächtigung erteilen, entweder formlos als Brief oder mit einem Formular, das wir Ihnen gerne zuschicken.

Klaus Töpfer lobt den FÖS

Auf unsere Anfrage an Klaus Töpfer, Executive Director beim United Nations Environment Programm in Nairobi, Mitglied im FÖS-Beirat zu werden, erhielten wir folgende Antwort: „Der Förderverein Ökologische Steuerreform erfüllt meines Erachtens eine äußerst wichtige Aufgabe. Die Größe des Vereins ist für die Qualität Ihrer Arbeit ja nicht ausschlaggebend, oft sind gerade kleinere Gruppen effektiver als große Gremien.“ Leider musste Klaus Töpfer unsere Anfrage ablehnen, obwohl er grundsätzlich dazu bereit wäre. Eine solche Tätigkeit müsste jedoch von Kofi Annan genehmigt werden und in der Vergangenheit wurde deutlich, dass die Mitarbeit in Gremien außerhalb UNEPs zunehmend kritisch gesehen wird.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newsletters sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die

Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.